

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinprovinz, Ostpreußen, Litauen, Kurland 4.50 Goldmark, für das übrige Ausland 5.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Erdkunde und Kleinarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Spaltenbreite 6,70 Goldmark, Restspaltenbreite 4.- Goldmark. „Kleinanzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (außerhalb zwei fertige Wörter) jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stiefelwörter das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,20 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro, Berlin SW 38, Pflanzstraße 3, abgegeben werden. Drucken von 3 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 27. September 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vertriebskontor: Berlin SW 36 - Bankkonto: Direction der Distant-Gesellschaft, Depotkassendirektion 3

Unterredung mit Herriot.

Der französische Ministerpräsident und das republikanische Deutschland.

V. Sch. Paris, 26. September.

Als Ergebnis verschiedener Unterredungen, die mit der französischen Ministerpräsident Herriot während seines Gastes Aufenthaltes, sowie nach seiner Rückkehr in Paris gewährt, übergab er mir heute für den „Vorwärts“ folgende Erklärungen:

„Sie fragen nach meinen heutigen Ansichten bezüglich der deutsch-französischen Politik.“

Diese Frage ist beinahe überflüssig, denn meine Ansichten haben sich nicht verändert. Sie sind heute die gleichen, die sie waren, als ich mich in der Opposition befand oder als ich zur Regierungsmacht gelangte.

Ich habe den tiefsten Wunsch, zu der Organisation des Friedens in der Welt und insbesondere in unserem Europa beizutragen. Das ist der leitende Gedanke meiner gesamten auswärtigen Politik, vorausgesetzt natürlich, daß in keinem Augenblick die Sicherheit Frankreichs, die mir anvertraut ist, darunter leide oder bedroht werde.

Aber dieses Bestrebungswort wird utopisch bleiben, solange Deutschland und Frankreich nicht gemeinsam an den Aufgaben der Kultur, sowie an der Besserung des Loses der Menschen, besonders der leidenden Klassen der Gesellschaft, wirken.

Infolgedessen wird die deutsch-französische Annäherung nicht zu erreichen sein, solange die französische Demokratie nicht als Segenpartner in Deutschland eine republikanische Mehrheit haben wird, die entschlossen ist, rücksichtslos mit der Vergangenheit zu brechen.

Es ist nicht meine Aufgabe, mich um die deutsche Innenpolitik zu kümmern. Ich habe lediglich die Ergebnisse dieser Innenpolitik abzuwarten. Aber, offen gestanden, ich kann nicht begreifen, warum

das deutsche Volk, wenn gewisse Leute vor ihm die Frage der Verantwortung am Kriege aufwerfen, nicht den einfachsten und meinsten Weg beschreiten: nämlich, jede Solidarität mit den führenden Männern von 1914 abzulehnen, mit denen, die die Verletzung der betheligen Neutralität bejubelt haben und die Nordfrankreich annektieren wollten. Ich habe schon in Genf erklärt: Das republikanische Frankreich hat niemals die Gedrückung eines Volkes beabsichtigt. Es will lediglich diejenigen ungeschädlich machen, die in der Vergangenheit den Krieg gewünscht haben und die auch in Zukunft einschlägliche Maßnahmen, wie wir sie nicht mehr sehen wollen, ergreifen möchten. Sie werden es begreifen, daß wir nicht in Frankreich für die Demokratie gekämpft haben, um vor den Nationalisten Deutschlands zurückzuweichen. Es gibt indessen Tatsachen, die uns beunruhigen. Wir haben den Eindruck, daß nicht alle in Deutschland das Londoner Abkommen so aufrichtig angenommen haben, wie wir selbst. Das ist es, was uns bedenklich stimmt.

In London hat das demokratische Frankreich sich dem deutschen Volk gegenüber loyal erwiesen; es hat von Angesicht zu Angesicht mit dessen Vertretern diskutiert. An dem Tage, wo Deutschland offenkundig friedliche und demokratische Politik treiben würde, würde es zweifellos selbst am meisten dabei gewinnen.

Wir aber, im Bewußtsein unserer Loyalität, haben keinen anderen Wunsch, als gerecht zu sein, ohne Schwäche und sogar großmütig, aber ohne uns täuschen zu lassen. Die Menschheit wird auch dann Fortschritte machen, wenn die Völker eine offene und logische Diplomatie fordern, mit dem klaren Ziel einer friedlichen Organisation der Arbeit und in der wechselseitigen Achtung der übernommenen Verpflichtungen und des Rechts.“

Reaktion in Württemberg.

Diktatorische Wirtschaft. — Bürgerblockmethoden. Stuttgart, 24. September.

Das württembergische Volk muß sich jetzt mit den Ergebnissen seiner Landtagswahlen vom 4. Mai auseinandersetzen. Die ersten Monate hat es erwartet auf die Reformen, die ihm bei den Wahlen von den jetzigen Regierungsparteien und dann von der neuen Regierung versprochen worden sind. Dann hat es darüber gestaunt, daß nichts besser, sondern viel schlechter geworden ist. Und jetzt gerät es allmählich in einen richtigen massiven Schwabenzorn über den skandalösen Mißbrauch der Verfassung und der staatlichen Machtmittel zu parteipolitisch reaktionären Zwecken.

In der neuen Regierung stehen der Finanzminister Dehlinger und der Justizminister Beyerle im Hintergrund. Gegen die jammervolle Steuerpolitik und die ewigen Justizskandale wäre wohl manches zu sagen. Das öffentliche Interesse aber konzentriert sich auf die beiden Hauptmatadore in der Regierung: die Herren Bazille und Bolz!

Der neue Staatspräsident Bazille sucht der Regierung mit allen Mitteln den Stempel seiner Persönlichkeit aufzudrücken. Widerspruch wird nicht geduldet. Hat er doch gelegentlich einer Abstimmung über eine Frage der Verwaltungsreform in öffentlicher Sitzung des Landtages sogar Zentrumsmänner gezwungen, gegen ihren Willen bzw. gegen eine ausdrückliche, direkt vorher abgegebene Erklärung des Innenministers Bolz mit ihm zu stimmen. Freilich hat auch Bazille unternehmen müssen, Er, der wenige Tage vor den Wahlen die Erfüllungspolitik für alles Unheil verantwortlich machte, der die Katastrophe heraufbeschwören wollte und sich auf den Standpunkt stellte, „dann komme, was doch einmal kommen muß“, ist heute ein frammer Erfüllungspolitiker geworden und scheint mehr „Siberierstrecke“ am Horizont zu sehen als selbst Stresemann. Die Annahme des Dames-Planes betrachtet er als Einleitung einer „neuen Episode“ deutscher Geschichte.

Seine drei Ministerien verwaltet er mit mehr Lautheit und Selbstbewußtsein als Sachkenntnis und Tatkraft. Sein Mund ist dauernd in Bewegung. Gleich seinem größeren Stammesgenossen Poincaré hält er mindestens allsonntäglich seine „große politische Rede“. Um aber seinen enttäuschten Anhängern Sand in die Augen zu streuen, redet er der Reichsregierung bei allen außerpolitischen Angelegenheiten dauernd dazwischen. Herr Bolz, der einseitige Freund Erzbergers, beeilt sich, seinem Borgefekten gegenüber das frühere loyale Verhältnis zur Reichsregierung im Sinne bayerischer Politik umzuändern. So hat denn auch die württembergische Regierung jetzt an dem großen Werke mitzulesen wollen, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu sabotieren.

Das geeignetste Mittel, ihr völliges Verjagen auf allen Gebieten der Politik zu verhindern, scheint aber den beiden Diktatoren Württembergs die Kommunifistenhölle und die Verfolgung der Sozialdemokraten und Republikaner zu sein. Mit Zeitungssperren wird so leichtfertig umgegangen, daß sogar der Staatsgerichtshof hier einmal eingreifen mußte. Es regnet Beleidigungsschlägen gegen die sozialdemokratische Presse. Die Justiz unterbindet die prozeduralen Rechte der Angeklagten in einer Weise, daß die Erhebung der Anklage gleichbedeutend mit der Verurteilung ist. Dafür wuchert das hakenkreuzlerische Bandenwesen umso üppiger. Große „Übungen“ solcher Verbände finden unter dem Schutz von Landjägern und Polizei statt. Die Hilfspolizei ist ein völlig reaktionäres Gebilde. Das Land hallt wider von dem Büchsenknall der Jungbauernvereine. Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel sind für die Rechtsparteien erlaubt, während sie für die Linksparteien, einschließlich der Demokraten, verboten werden. Das Tollste war die Sabotage der Friedenskundgebung vom 21. September: Die von den vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts geplante Kundgebung im Freilichttheater wurde plötzlich auf Anweisung des Ministeriums des Innern verboten! Noch am 19. September, nachmittags 3 Uhr, wurde polizeiamlich erklärt, daß die Veranstaltung polizeilich nicht beanstandet werde. Abends 7 1/2 Uhr, am gleichen Tage, teilte das Polizeipräsidium ober mit, daß auf Anordnung des Ministers des Innern die Kundgebung im Freilichttheater verboten werden müsse! Die Methoden Poincarés an Rhein und Ruhr scheint der ihm volksverwandte Bazille im Schwabentale anzuwenden zu wollen.

Das alles wäre unmöglich, wenn der Innenminister Bolz nicht ebenso reaktionär eingestellt wäre. Dieser Mann, der ohne die Republik und die Revolution bestenfalls ein Amtsgerichtsrat irgendwo in einem mehr schwarzen als schönen Orte wäre, scheint alles unter dem Gesichtspunkte persönlicher Ehrgeizes und persönlicher Empfindlichkeit zu betrachten. Der hohe Klerus, der mit dem oberösterreichischen Hochadel auf das engste verbunden ist, bemüht sich auf das lebhafteste um die monarchistische Gesinnung der katholischen Jugend und boykottiert die Zeitung der republikanischen Windt-

Die Unschuldskammer.

Volksparteiliche Entrüstung über „Krisenhege“ des „Vorwärts“.

„Sollte ein staatsbürgerliches Kabinett zustande kommen, so ist die Opposition der Sozialdemokratie eine gegebene und gesunde Tatsache.“ So schrieb die „Kreuzzeitung“, mit der wir uns ausnahmsweise einverstanden erklären können. Ihre Stellungnahme ist jedenfalls ehrlicher als die der „Zeit“. Dieses volksparteiliche Blatt ist tief enttäuscht, weil der „Vorwärts“ gestern über den schmutzigen Bürgerblockhandel deutlich seine Meinung gesagt hat. Sie verteidigt die Erklärung ihrer Partei gegen den Vorwurf der Verlogenheiten und ist dabei selber doch imstande, folgendes zu schreiben:

Wenn der gegenwärtige Zeitpunkt für die Berücksichtigung gewählt wurde, so geschah es gerade, um eine Krise zu vermeiden. Der Fraktionsvorstand ist der richtigen Ansicht, daß man das ungewisse Schicksal der Regierung nicht erst dem Reichstag überlassen darf, sondern daß schon beizeiten vorher die Grundzüge geklärt sein muß.

Nicht um eine Umbildung der Regierung handelt es sich, sondern um eine „Erweiterung“, die anscheinend nach Meinung der „Zeit“ in aller Gemütslichkeit vorgenommen werden kann. Daß dabei die Demokraten aus der Regierung hinausgedrängt werden, die „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ gesprengt, der gegenwärtige Reichstanzler mit 99 Proz. Wahrscheinlichkeit gestürzt, die Sozialdemokratie zur schärfsten Kampfstellung herausgefordert wird, das alles bildet für die „Zeit“ noch nicht die Kennzeichen einer Krise.

Daß die Volkspartei die sechs Millionen sozialdemokratischer Wähler „aus der Volksgemeinschaft austößen“ wolle, nennt die „Zeit“ eine giftgeschwollene Phrase“. Ihre Partei selbst war es aber, die den Mut hatte, von einer „Volksgemeinschaft“ zu sprechen, aus der die Sozialdemokratie — natürlich „durch eigene Schuld“ — ausgeschaltet sein soll. Wenn also jemand den Kampf vergiftet hat, so war es die Volkspartei selbst.

Nicht beruhigen kann sich die „Zeit“ über die Angriffe des „Vorwärts“ auf Herrn Stresemann, obwohl wir angefaßts des ungelährten Tatbestandes der Unterhaltungen von Henley ausdrücklich erklärten, daß wir den Vorwurf bewußter Wahrheitswidrigkeit nicht aufrechterhalten wollten. Aber wie lagen denn die Dinge? In einer Rede vor der Presse hatte Herr Stresemann über vertrauliche Unterhaltungen im Hause Lord Parmoors Behauptungen aufgestellt, die vom Gastgeber selbst und von anderen Ohrenzeugen mit schärfster Deutlichkeit bestritten wurden. Der Glaube an die Zuverlässigkeit des Herrn Stresemann ist dadurch nicht nur beim „Vorwärts“ erschüttert worden, in der ganzen Welt hat sein Ansehen einen empfindlichen Stoß erhalten. Abgesehen von dieser Frage hat Herr Stresemann am Tage darauf das gerade Gegenteil von dem erklären müssen, was er am Tage zuvor gesagt hatte.

Wenn aber die „Zeit“ gegen persönliche Angriffe auf Herrn Stresemann so empfindlich ist, dann wundert es uns, daß sie so herzliche Brüderlichkeit mit den Deutschnatio-

nalen schließen kann, die noch vor kurzem mit der bißsinnigen Erfindung haustieren gingen, Herr Stresemann betriebe Außenpolitik im Interesse seines jüdischen Schwiegervaters, der Aktionär einer ententistischen Waffenfabrik sei.

In Antwort auf den gestern abend hier zitierten Artikel der „Kreuzzeitung“ erklärt das Berliner Zentrumsblatt, die „Germania“, daß das gesamte Zentrum für eine Politik, wie sie dort entwidelt werde, „niemals zu haben sein wird“. So einfach, wie es sich die volksparteiliche Erklärung vorstelle, sei es mit der „Drehung nach rechts“ nicht. Zusammenfassend schreibt das Zentrumsblatt gegen die Volkspartei:

Das erste Echo, das ihre Entschlieung in der Presse gefunden hat, wird die Deutsche Volkspartei belegen, daß die Verwirklichung der Volksgemeinschaft, wie sie sie aussieht, die parteipolitischen Kämpfe nicht auf das unvermeidliche Maß beschränkt, sondern bis zur Unentrichtlichkeit steigert. So, wie es die Volkspartei getan hat, kann man die Sache nicht anlassen, wenn der Kartens nicht von vornherein versahren werden soll.

Solche Belehrungen werden die „Zeit“ freilich nicht davon abhalten, morgen aufs neue zu versichern, die Harmonie der neuen „Volksgemeinschaft“ wäre vollkommen, wenn sie bloß nicht der „Vorwärts“ mit seiner niederträchtigen „Krisenhege“ störe.

Deutschnationale leicht befestigt.

Die Bürgerblock-Spekulation.

Die Tatsache, daß die Volkspartei ihre Ultimoverpflichtungen glatt vorabdecken konnte, hat der Spekulation in deutschnationalen Ministerportefeuilles einen neuen Anreiz verliehen. Mit neu belebtem Mut schreibt daher auch die „Deutschnationale Korrespondenz“:

„Der auf Befehl des Parteivorstandes der Deutschen Volkspartei erfolgte Schritt bei der Reichsregierung gibt, wie mit Befriedigung festgestellt werden kann, die Hoffnung auf ein Fortschreiten der politischen Entwicklung im staatsbürgerlichen Sinne. Die Deutsche Volkspartei hat durch diesen Schritt, wie anerkannt werden muß, in entscheidender Weise zum Ausdruck gebracht, daß sie entschlossen ist, auf den von ihr schon in dem Schreiben ihrer Fraktion vom 28. August gewiesenen Ziel zu bestehen. Auch die durch das amtliche Telegraphenbureau erfolgte Mitteilung, daß der Reichstanzler seinerseits die Initiative zur weiteren Entwicklung ergreifen wird, zeigt uns, daß ernsthaft an die Heranziehung der sechs Millionen deutschnationaler Wähler zur Deutschen Volksgemeinschaft, so wie es die Entschlieung der Deutschen Volkspartei verlangt, gedacht wird. Es wird nun darauf ankommen, welche Entschlieung die deutschnationale Reichstagsfraktion und Parteistimmung am 29. und 30. September fassen werden, denn die Entschlieung vorbehalten ist, ob und wie sie sich zu den Schritten zu stellen gedenkt, die der Reichstanzler angekündigt hat.“

Das ist eine unmißverständliche Aufforderung an den Vertretertag, die dicken Filzpanzertel anzuziehen, um die in der Hoffnung befindliche politische Entwicklung nicht zu stören. Für Herrn Hergt heißt es jetzt: Alles oder nichts, Minister oder tot!

horst-Bünde. „In der Republik Württemberg ist das Wort Republik in den jetzigen Regierungsparteien da und dort verpönt,“ schrieb jüngst ein Zentrumsabgeordneter. Nicht nur „da und dort“! Die Verfassung ist selbst den Zentrumsministern ein recht dehnbarer Begriff. Sie ist ihnen auch nicht einmal so viel wert, als daß sie am 11. August ihre Feiler durchgeföhrt hätten.

Für eine solche Politik ist der Innenminister der rechte Mann. Für ihn gibt es keine Probleme. Die Verwaltungsreform scheint ihm unwichtig. Für die Bekämpfung der Wohnungsnot geschieht nichts. Der Preiswucher steigt ins Unheimliche. Wenn aber für nichts in der Welt Geld und Interesse da ist, so doch für eins: die Polizei. Der Polizeireferent des Innenministeriums scheint der mächtigste Mann in Württemberg zu sein. In seinem maßlosen Haß gegen die Sozialdemokratie schreit er vor nichts zurück und findet in Holz einen Minister, der auch die unglücklichsten Dinge deckt.

Doch selbst in der Polizei werden die einzelnen Abteilungen sehr unterschiedlich behandelt. Bei uns scheint man nur zwei Aufgaben zu kennen: einmal die Verfolgung von Abtreibungen. Hier herrscht eine Schamlosigkeit und Rücksichtslosigkeit gegenüber Patienten und Ärzten, die jeder Beschreibung spottet und in vielen Fällen den Bestimmungen der Strafprozedur zuwiderläuft. Das andere Ziel ist politischer Art. Neben der Stärkung der Schutzpolizei, die man allmählich zu reaktionären Zwecken umbilden möchte, ist es die Nachrichtendienstabteilung, die zu einem Wassertopf vergrößert worden ist, der sich in allen Parteien bemerkbar macht. Die Sozialdemokratie, der Republikanische Reichsbund, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die Gewerkschaften, die einzelnen Betriebe, alles wird beispielhaft!

Die Unmöglichkeit solcher Zustände sieht man auch in weiten Kreisen des Zentrums ein. Aber die Partei Gröbers und Erzbergers ist zum Instrument der Hintermänner von Holz und Beyerle geworden. So konnte der württembergische Abgeordnete Andre auf dem Parteitag des badischen Zentrums, anknüpfend an ein Wort Dr. Schöfers, daß man nicht mehr im Bilde sei, wo das württembergische Zentrum hingehöre, sagen, daß dieses „Bazillen“ im Leibe habe. Die scheinen sich aber schon recht gut eingemischt zu haben, wenn man bedenkt, daß sich im Landesparteiorgan, dem „Deutschen Volksblatt“, politisch kennnislose und unerfahrene Leute dazu mißbrauchen lassen, gegenüber eigenen Parteiführern eine antirepublikanische Zensur auszuüben. So ist es erklärlich, wenn der Abgeordnete Andre in der Zeitung des Landesverbandes der Katholischen Arbeitervereine die christlichen Arbeiter mit großen und starken Eiern vergleicht, die für ihre Peiniger die schweren Lasten trügen, dafür aber „bis aufs Blut geplagt und ausgefaugt“ würden. Herr Andre fährt fort:

„Diese kleine Eielgeschichte ist sehr lehrreich für die deutsche Arbeiterschaft im allgemeinen und die katholische Arbeiterschaft in Württemberg im besonderen. Wenn sie sich nicht ihrer eigenen Kraft bewußt wird und bleibt, wird sie zum Packesel für andere Kreise; vielleicht ist sie es auch schon und weiß es noch nicht einmal. Sie mag sich dann mit dem Scheißer dieser kleinen Geschichte trösten, der auch schon seit mehr als 20 Jahren der Packesel für die anderen war.“

So schreibt der Führer der württembergischen Zentrumsarbeiter! Die Republikaner im Zentrum und den christlichen Gewerkschaften, sowie die Deutschdemokraten werden jetzt Gelegenheit haben, zu zeigen, wie weit es ihnen ernst ist mit ihrer Kritik an den unhaltbaren Zuständen. Die sozialdemokratische Fraktion hat beim Landtagspräsidenten die sofortige Einberufung des Landtags verlangt, damit die Wünsche des Volkes zum Ausdruck gebracht und die zur Wiederherstellung geordneter Staatsverhältnisse notwendigen Maßnahmen von den Beauftragten des Volkes gefordert werden können. Hat doch seit seiner Neuwahl am 4. Mai dieses Jahres der Landtag ganze neun Sitzungen abgehalten, die letzte am 28. Juni. Der Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1924/25, das bereits zur Hälfte abgelaufen ist, liegt

auch heute noch nicht vor. Die Regierung wirtschaftet auf Grund eines langfristigen Notetats, der dem Sinn und dem Geist der Landesverfassung widerspricht.

Die Bazille und Holz glauben ihre Machtposition diktatorisch ausbeuten zu können. Sie haben dabei lediglich ihre Unzulänglichkeit und Volkseindlichkeit manifestiert. Schon heute entspricht die Zusammensetzung des Landtages nicht mehr dem Willen des württembergischen Volkes. Genau wie im Reich wird auch im Schwabenland erst eine Besserung eintreten, wenn die Parlamente der Inflation und der Demagogie abgelöst sind durch neue, in ruhiger Erkenntnis der Tatsachen gewählte Volksvertretungen.

## Aufwertungsdebatte im Ausschuß.

### Die Reichsanleihen und die Gemeindeanleihen.

Der Aufwertungsausschuß des Reichstags legte am Freitag nach Aufhebung der Vertraulichkeit der Beratung die Erörterung über die Möglichkeit der Aufwertung der Gemeindeanleihen fort. Als erster Redner wies Genosse Herg auf das hin, daß die ansehend günstige Finanzlage der Gemeinden vor allem einer stärkeren Belastung der Massen durch hohe Tarife der städtischen Werke und geringen sozialen Aufwendungen zu danken sei. Aus der besonders günstigen Finanzlage der Stadt Berlin dürften keine allgemeinen Schlüsse gezogen werden, da sie im wesentlichen hervorgerufen worden sei durch die umfangreichen Ersparnisse, die mit der Schöpfung der Einheitsgemeinde verbunden waren. Die Erwerbsunternehmungen der Stadt erzielten ihre Ueberschüsse durch höhere Tarife und schlechtere Arbeitsbedingungen. Wenn bei der Reichsanleihe eine soziale Aufwertung erfolge, könne bei den Gemeinden kaum eine allgemeine Aufwertung eintreten. Niemand könne es verantworten, sozial Bedürftige mit fargen Renten abzuspülen, während Neureiche unbedienten Riesensummen aus der Aufwertung erhalten. Komme man zur sozialen Aufwertung bei den Reichsanleihen, dann sei die Frage zu prüfen, ob nicht etwas Ähnliches für die Gemeinden zu geschehen habe.

In der weiteren Debatte kommt Abg. Herg (Dnat.) zu dem Vorschlag, die ganzen Gemeindeanleihen auf etwa 25 Proz. aufzuwerten und die Aufsichtsbehörden zu ermächtigen, im Einzelfall diesen Satz herunter- oder heraufzusetzen. Durch einen inneren Ausgleich zwischen den Gemeinden müsse eine gleiche Behandlung aller Gläubiger erstrebt werden. Etwas Ueberschüsse des Ausgleichsfonds könnten dem vom Reichsfinanzminister vorgeschlagenen Sozialfonds zugewiesen werden.

Reichsfinanzminister Dr. Luther wendet sich nachdrücklich sowohl gegen diesen als auch gegen den am Tage vorher von Dr. Steiniger gemachten Vorschlag der vollen Zinszahlung für Gemeindeanleihen im Jahre 1924. Die hohen Tarife der städtischen Werke, auch der Straßenbahnen, seien unmöglich auf die Dauer zu halten. Der Gedanke, von den Gemeinden Beiträge zu einem Reichsausgleichstopf zu verlangen, werde bei den Ländern und Gemeinden auf sich ersten Widerstand stoßen. Das Reich könne ohne Verletzung der Selbstverwaltung höchstens die werdenden Anzeigen der Selbstverwaltung steuerlich erfassen, wobei aber zu beachten sei, daß diese Anzeigen bereits von der Obligationenlast des Londoner Pakts mit erfasst werden.

Abg. Fleischer (Z.) wehrt sich heftig gegen die in der Presse aufgetauchten Verdächtigungen, als ob er mit der Spekulation am Rentenmarkt in Verbindung stehe. Er habe mit keinen Maßnahmen, die auf eine Haus- oder Baubewegung abzielen, irgend etwas zu tun.

Abg. Dr. Steiniger (Dnat.) hält daran fest, daß in Berlin das Geld für die Aufwertung da sei. Ihm sei daran gelegen, zunächst einmal für eine Verzinsung im Jahre 1924 zu sorgen. Er lehne die Almosenidee und die endgültige Bankrotterklärung ab. Der Anleihefonds könne grundsätzlich allgemein aufgenommen werden; aber man könne nicht gutwirtschaftliche Gemeinden zu Opfern zwingen zugunsten schlecht wirtschaftender. Der Redner wendet sich wiederholt gegen den vom Reichsfinanzminister empfohlenen „Almosenpot!“

Reichsfinanzminister Dr. Luther weist diese Charakterisierung

keines Vorschlags erregt zurück. Lieber würde er den ganzen Vorschlag zurückziehen, als ihn durch die Bezeichnung „Almosenpot!“ diskreditieren zu lassen. Eine alljährliche Festsetzung des Rentenfußes sei ganz unmöglich. Wo würde das hindern bei einem für die Gemeinden ungünstigeren Finanzausgleich, der nicht zu vermeiden sei? Wollte man, wie Steiniger vorgeschlagen, einen Normalsatz der Aufwertung festsetzen und der Aufsichtsbehörde gestatten, unter Berücksichtigung der Verhältnisse der einzelnen Gemeinden diesen Satz zu ermäßigen, so läge das zur Disqualifizierung solcher Gemeinden, die, wie die im besetzten Gebiet, ohne ihr Verschulden in schlechte Verhältnisse geraten seien.

Ein Vertreter der preussischen Regierung warnt gleichfalls eindringlich vor Beschlüssen, denen die vorübergehende günstige Lage einzelner Gemeinden zugrunde gelegt wird.

Abg. Höllein (Komm.) bekämpft gleichfalls die Vorschläge Steiniger und Herg, die nicht dazu dienen, die Gemeinden wieder kreditfähig zu machen, sondern ihre Kreditfähigkeit auf die Dauer zu zerstören. Einem Geldbedürftigen, der schon hochgradig verschuldet sei, borge man nichts mehr. Der „abgekappte Denkapparat“ Dr. Steinigers laufe am Weisheit der Demagogie. Nicht die Anerkennung alter Schuldverhältnisse, sondern nur die Gewährung einer ausreichenden Fürsorge für die erwerbsunfähigen Opfer der Inflation führe aus der Sackgasse.

Abg. Dernburg (Dem.): Der Gedankengang Dr. Steinigers führe zum Individualprinzip, dessen Konsequenzen dann auch bei den Hypotheken gezogen werden müßten. Reich, Länder und Gemeinden seien eine Einheit. Auch, das, was man bei den Gemeindeanleihen aufwerke, müsse vom deutschen Steuerzahler getragen werden. Dr. Steiniger verlange das Geld vom Reich und wolle damit in den Gemeinden aufwerten.

Vom Abg. Dernburg wurde der Antrag gestellt, zur Dotierung des zu bildenden Sozialfonds die mit leistungsfähigen Erwerbsbetrieben ausgestatteten Gemeinden auf dem Gesehewege heranzuziehen.

Zu einer Abstimmung über die sachlichen Streitfragen kam man noch nicht. Gemäß einem Antrag Fleischer wurde die Regierung ersucht, genaueres Material darüber vorzulegen, wie hoch die gesamten Kommunalanleihen sind und in welchem Umfang die Gemeinden ihre Anleihen im laufenden Jahre zurückgekauft haben. Die Beratungen sollen, wenn das von der Regierung erbetene Material bis dahin vorliegt, Donnerstag nächster Woche, andernfalls am Dienstag, den 7. Oktober, fortgesetzt werden.

## Ein völkischer Held.

„Erst verleunden, dann knien!“ — Weislers Wahlspruch.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold teilt mit: Das Reichsbanner hat vor einigen Tagen durch die Presse dem Reichstagsabgeordneten Weisler, den unentwegten Führer und Helden in den Vereinigten Vaterländischen Verbänden, aufgefordert, seine verleumderischen Behauptungen gegen das Reichsbanner mit Material in der Öffentlichkeit zu verteidigen. Diese Aufforderung, bei der Herrn Weisler jede von ihm gewünschte persönliche Sicherheit zugesagt wurde, wurde am Herrn Weisler auch natürlich persönlich durch Einsendebrief vom Gau Berlin-Brandenburg des Reichsbanners, gerichtet. Der müllige Geld hat die Annahme des Briefes verweigert und damit seine bereits durch die Presse gegangene Ablehnung der Einladung des Reichsbanners reiflos durchgeführt. Er ist also nicht umgelaufen. Die Behauptungen werden aber durch das Verhalten dieses Herrn in dieser Angelegenheit als das klar bewiesen, was sie sind, als gemeine und hinterhältige, bewußte Verleumdungen und Lügen.

Eine Versammlung des völkischen Blocks, die am Montag in München stattfinden sollte, wurde polizeilich verboten. Das Verbot wurde damit begründet, daß nach der letzten Versammlung Straßenumzüge stattfanden, bei denen auch Anproben gehalten wurden. In der Versammlung sollte Graf Reventlow sprechen. Der völkische Block hat Widerspruch gegen das Verbot eingelegt.

## Nationalisten und Volksbühne.

Die „nationalen Kreise“ der Reichshauptstadt wollen durchaus ein „nationales Theater“ haben; d. h. in ihrem Jargon: ein Theater, das sich in den Dienst ihrer nationalpolitischen Ideen stellt. Da man nun mit Staunen sah, in welcher glänzenden Weise die Berliner Volksbühne ihre Idee einer reinen Kunstspitze gegenüber dem reinen Geschäftstheater durchzuführen verstand, kam man nach mancherlei anderen Bemühungen auf den Gedanken, man müßte auf ähnliche Weise, d. h. durch vorausgehende Schaffung einer Besucherorganisation, eines Abonnentensammes oder dergleichen, doch auch zum „nationalen Theater“ gelangen können. Und seitdem hat geradezu ein nationales Gründungsfever eingesetzt.

Zunächst trat, schon vor zwei oder drei Jahren, der Bühnen-nationalbund auf den Plan. Aber er war durchaus vom Bedenkelei. Die heftigste Propaganda und das Proletariat des Pfarrers Koch vermochten nicht, irgendwie erhebliche Mitgliederkreise heranzuziehen. Gleichwohl wollte man sich um jeden Preis wieder und wieder eine Bühne sichern. Zuerst verlegte man es mit dem Theater in der Kommandantenstraße. Aber nachdem dort das erste Stück für den Bühnennationalbund gegeben war, mußte das Theater auch schon seine Pforten schließen. Dann ergriff man gegen Ende der letzten Spielzeit vom dem Städtischen Schloßparktheater Besitz. Aber nicht nur, daß auch bei diesem Theater nach wenigen Wochen eine Pleite die Folge war, sondern obendrein erregte man mit den dort veranstalteten Aufführungen auch noch das stärkste Mißfallen der nationalen Kreise vom äußersten rechten Flügel. Hatte doch, wie das „Deutsche Tageblatt“ mit Entrüstung feststellte, dieser „christlich-deutsche“ Bühnennationalbund in Soosig eine Operette des Monsieur de Suppé und eine andere von den Messieurs Michel Caré und Leon Baltu zur Aufführung gebracht, obendrein noch unter Leitung eines Kapellmeisters „mit dem internationalen Namen Hirsch“. In diesem Jahr ging nun der Bühnennationalbund gar eine Ehe mit dem Dramatischen Theater ein, wobei dahingestellt werden muß, ob es aus Unkenntnis der Ziele dieses neuen Unternehmens geschah oder in der Hoffnung, man würde das Theater „erobern“ und umstellen können. Jedenfalls war die nächste Folge die, daß die christlich-deutschen Mitglieder des Bühnennationalbundes in „diesem“ Theater Stücke vorgelegt bekamen wie die „Komödie um Rosa“, in der die gut bürgerliche Royal nach Kräften verspottet wird und eine Abtreibung schließlich den Konflikt löst.

Kein Wunder, wenn unter diesen Umständen dem Bühnennationalbund neuerdings mancherlei nationale Konkurrenz erwuchs. Die vaterländischen Verbände unter Führung ihrer Erzherrn Prinz Friedrich Wilhelm zur Lippe und Generalleutnant a. D. v. Hülßen zogen mit Bewußtsein aus für ein „Deutsches Volkstheater e. V.“, das Herr Prof. Gregori im Sämannensaal eröffnen wollte. Aber der liebe Gott hatte auch für diese nationale Gründung nicht das richtige Verständnis: weiß der Himmel, woran das lag, jedenfalls mußte der trauernden Mittelwelt bereits vor einigen Tagen mitgeteilt werden, daß die neue Bühne vorläufig nicht ins Leben treten könne und Herr Gregori sich von der „porberreitenden Leitung“ zurückgezogen habe. Ein Herr Wühlföhrer soll die Sache jetzt managen.

Dafür dürfte aber die „Deutsche Volksbühne im Rose-Theater“ das deutsche Volk beglücken. Die Oberleitung wurde nach den Mitteilungen der Presse einem Herrn übertragen, zu dessen Ruhm man bisher nur mitteilen konnte, daß er ein „deutschnationaler Schriftsteller“ sei. Dann heißt es in der Ankündigung: „Alles Ausländische wird bewußt abgelehnt.“ Es folgt der Satz: „Zur Eröffnung am 1. Oktober ist Regier-Försters „Waldberg“ angelehnt.“ Ausgerechnet dieser lächlich-tischige Schmarren! D. welchen Gewinn wird die deutsche Kultur durch die Pflege dieser Bühnenkunst davontragen! Wie notwendig war es, den Geschäftstheater, die dergleichen Stücke bekanntlich völlig vernachlässigen, diese „Deutsche Volksbühne“ zur Seite zu stellen!

„Fast nur nationale Literatur“ will nach der Ankündigung der „Aufführung“ auch die „Goethe-Bühne“ pflegen, die ein Herr Peterson auf den Schultern russischer Monarchisten demnächst eröffnen will. Man wird obwarten müssen, ob die „fast“ nur nationale Literatur sich auf derselben Höhe bewegen wird, wie die im Rose-Theater angelegte.

Der Gründungsleiter der rechtsstehenden Kreise hat ferner noch eine „Nationalbühne Berlin e. V.“ entstehen lassen, die eine Dame mit weiblich unbedarftem Namen in einem Ballsaal im Süden Berlins leitet; eine „Nationalbühne“ hat außerdem in Steglitz Herr Kirchner aufgemacht, um seine nationalen Stücke — der „Prinz von Homburg“ mußte beginnen — freilich zunächst vor meist recht leerem Hause zu spielen. Und in Pantow kündigt eine „Deutsche Kulturgesellschaft e. V.“ in einem Konzertsaal Vorstellungen an, die im Schauspiel auch „nur deutsche Stücke“ bringen sollen, bei den Opern sich aber doch gezwungen sieht, höchst bedenkliche Konzeptionen an Rossini und Verdi zu machen.

Zu diesen Gründungen treten endlich noch jene Einrichtungen, die der Volksbühne ihre äußeren Einrichtungen abzugewandt haben, um sie, mehr oder weniger verächtlich, in den Dienst ihrer rein geschäftlichen Interessen zu stellen. Es sei nur auf die „Theatergemeinschaft des Mittelstandes“ hingewiesen, die ihren Mitgliedern zwar auch eine Besuchspflichtung auferlegt, aber sie nach ihrer Leistungsfähigkeit sorgfältig in verschiedene Klassen schiedet und nicht etwa daran denkt, ihre Organisation einer kulturellen Aufgabe fruchtbar zu machen, sondern ihre Angehörigen wahllos in alle Schmarren und Operetten der Geschäftstheater schiebt, wo immer man einen günstigen Anstoß machen konnte.

Es ist ein teils komisches, teils beschämendes Bild, das sich hier bietet. Damit keine Verwirrung entsteht, schritt es notwendig, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, welche Gefahren all jene Gründungen enthalten. Besonders traurig ist, daß der gute Name „Volksbühne“ in der Weise mißbraucht werden kann, wie es die Herren von den Fürsten zur Lippe und um das Rose-Theater herum tun.

Den Unfug jener Reorganierungen wird man am besten bekämpfen, indem die Massen sich noch fester als bisher um die eigentliche, die alte Volksbühne E. V. scharen. Diejenigen, die dem Verein heute noch fernstehen, haben gerade jetzt die günstigste Gelegenheit, sich anzuschließen. Noch sind Anmeldungen sowohl zu den Abendabteilungen wie zu den Nachmittagsabteilungen und den Gemischten Abteilungen möglich. Sie können sowohl in den überall vorhandenen Jahrbüchern, wie in den Geschäftsstellen, Amiensstr. 227 und Königplatz 7, dazu in der Volksbühnenbuchhandlung Köpenicker-

Straße 68 und an den Tischchen Theaterkassen erfolgen. Die Berliner Volksbühne E. V. bietet jedem Mitglied monatlich eine Vorstellung; vier- bis fünfmal kommt das Mitglied im Jahre in das Theater am Bülowplatz, das bekanntlich dem Verein Volksbühne gehört und von ihm selbst bewirtschaftet wird; zwei- bis dreimal erhält das Mitglied eine Vorstellung in der Oper am Königplatz, deren Entfaltung ja ebenfalls der Initiative und den Opfern der Berliner Volksbühne zu danken ist. Daneben bekommt jedes Mitglied noch einige Vorstellungen abwechselnd im Schiller-Theater, im Wallner-Theater und im Zentral-Theater, nachdem auf den Schultern der Volksbühne auch die beiden letztgenannten Theater sich in Säulenhäuser mit einem künstlerischen Programm und mit hervorragendem Ensemble umgebildet haben.

Die Volksbühnenmitglieder der Abendabteilungen zahlen vor jeder Vorstellung einen Betrag von 1,20 M., die der Nachmittagsabteilungen von 0,90 M. Dieser Beitrag sichert ihnen nicht nur unentgeltlichen Besuch der Vorstellung bei Auslosung der Plätze, sondern auch freie Kleiderablage, unentgeltliche Aushändigung eines Programmzettels mit Einführung, regelmäßige Zulassung der „Blätter der Berliner Volksbühne“ und das Recht zur Teilnahme an den zahlreichen wertvollen Sonderveranstaltungen.

Keine andere Besucherorganisation bietet ihren Mitgliedern auch nur annähernd das, was die Volksbühne, gestützt auf jahrzehntelange Erfahrungen, auf ihre Mitgliederzahl von 150 000, auf ihren Besitz an Theatern usw., zu leisten vermag. Vor allen Dingen aber auch: nirgends anders sonst wird wie hier praktische Arbeit für das Kulturtheater geleistet. Das Ziel ist hier nicht ein Theater, das im Dienst einer bestimmten Partei oder Richtung steht; oder ein Theater soll geschaffen werden, das nicht bloß Sensationslust und nicht bloß ein Umherbedürfnis befriedigen, sondern das wirkliche Kunstwert seinen Besuchern zum Erlebnis werden lassen will, und das dabei ganz besonders jenen Werken seine Aufmerksamkeit zuwendet, aus denen ein neues Weltempfinden, die Schmach nach einer neuen Gemeinschaftskultur spricht, an denen das bourgeoise Geschäftstheater deshalb vorübergeht. Durch Ausschaltung aller Gewinnabsichten und planmäßige Besucherregelung wird die Basis geschaffen, die ein solches Theater tragen kann, ein Fundament, das von den breitesten Massen des Volkes gebildet wird.

Jeder helfe mit, dieses Fundament stark und tragfähig zu machen. Jeder Berliner Arbeiter und Angehöriger hat die Pflicht, sich der Volksbühne E. V. anzuschließen!

Luigi Spuff wieser. Die Untersuchung hatte ergeben, daß Professor Martino de Fusco nicht die Letzte selbst, sondern einen Hinweis auf eine noch nicht aufgefundene Abchrift entdeckt habe. Professor Emilio Bartoli, der in der „Rivista Indo-Greco-Stella“ die erste Nachricht von der Entdeckung gebracht hat, stellt im Reapeler „Rotino“ die Ergebnisse der amtlichen Untersuchung als zweifelhaft und die Untersuchung selbst als lächerlich hin; er sei fest überzeugt, daß De Martino tatsächlich die Livinuste entdeckt habe. Aus einer Darstellung der Untersuchung durch ihren Leiter, Commendatore Niccolini, geht hervor, daß er sich auf De Martinos Aussagen stützte, welcher den Fund leugnete, nachdem er einige Tage vorher die Behauptung von der Entdeckung der 142 Bücher aufrechterhalten hatte. Allgemein herrscht die Ansicht, daß die Sache noch nicht geklärt sei.

## Völksparteiliche Demaskierung.

### Raumer und Garnich für den Rechtsblock.

Bei Gelegenheit eines deutschvölksparteilichen Bezirksfestes hielt der frühere Wirtschaftsminister v. Raumer am Freitagabend eine Rede, in der er auch auf die Bürgerblock-Propaganda zu sprechen kam. Dabei führte er u. a. aus:

Will eine Reichsregierung die schweren Aufgaben erfüllen, die ihr jetzt bevorstehen, so muß sie sich auf eine Mehrheit stützen können. Wir können keine starke Innen- und Außenpolitik betreiben, wenn große und die besten Teile des Volkes — fast die ganze Landwirtschaft — dauernd in der Opposition sind. Wir wollen mit der Heranziehung der Deutschnationalen uns nicht ändern. Das, worauf wir uns einigen, ist unsere Politik (Weisfall). Die Bezeichnung „Bürgerblock“ ist irreführend. Ich sehe nicht auf dem Standpunkt, daß die Sozialdemokratie zu jenen Parteien zu rechnen ist, mit der man nie wieder zusammenarbeiten kann (Weisfall). Wir wollen nicht eine neue Klüftung aufreißen, wir würden es begrüßen, wenn der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft sich noch einmal verwirklicht. Wir würden gern die Entfaltung einer reformierten Arbeiterpartei sehen, die wirkt etwa im Geiste eines MacDonald, der kein Anhänger des Marxismus und des Klassenkampfes, sondern ein Evolutionist ist. Nicht einen Bürgerblock wollen wir schaffen, sondern einen Block, der alle schaffenden Stände umfaßt, alle die positiv zum Staat und zur jetzigen Wirtschaftsordnung stehen. Solange eine Partei aber die jetzige kapitalistische Wirtschaftsordnung bekämpft, kann sie nicht an ihrem Wiederaufbau arbeiten. (Beifall.)

Raumer gilt als einer der geschickteren Köpfe der Volkspartei. Wenn schon an seinem grünen Holze so ein Unfuss wächst, was soll man dann von dem dünnen Holz der Becker und Curtius erwarten? Die Deutschnationalen umfassen nach Raumer die besten Teile des Volkes — die Sozialdemokratie soll sich erst im Sinne MacDonalds „reformieren“. Ihre Millionen Anhänger bilden wohl den Gegenpol zu den „besten Teilen des Volkes“? Raumer will alle positiv zum Staat stehenden Kreise umfassen und will dabei vergessen machen, daß die deutschnationalen Freunde Straßmanns diesen Staat in allen seinen Teilen verneinen, daß sie die Monarchie erstreben und die Republik leidenschaftlich schmähen. Aber die Sozialdemokratie soll erst den Klassenkampf abschmecken und die kapitalistische Wirtschaft nicht mehr bekämpfen? Sombart wird froh sein, in Raumer einen Genossen zu finden, der mit ihm aus dem Klassenkampf zum alten Gottesglauben flüchtet.

Nach Raumer trat der preussische Landtagsabgeordnete Garnich für baldige Sprengung der großen Koalition in Preußen ein. Er versicherte, daß die Volkspartei schon im Mai dazu gerüstet hätte, aber mit Rücksicht auf den Personalabbau noch davon abgesehen habe. Ihr sei es — das war der Sinn der Rede — auf die Befestigung der Republik an und auf Erhaltung der deutschnationalen und völksparteilichen Beamten angekommen, damit der kommende Rechtsblock eine entsprechende Beamenschaft vorfinde. Garnich räumte sogar, daß seine Partei im Landtag gemeinsam mit den Deutschnationalen Obstruktion gegen die Koalitionsparteien getrieben habe!

Nach solchen Proben völksparteilicher Politik wurde schließlich vom Bezirksfestabend in einer Resolution die Haltung des Parteivorstands gebilligt und die Sehnsucht nach der deutschnationalen Umarmung ausgesprochen.

## Provokation gegen das Reichsbanner.

### Die Vorfälle in Lüneburg.

Hamburg, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Von der Leitung des Ortsvereins Hamburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wird uns folgendes mitgeteilt: Bei dem Reichsbannerfesten in Lüneburg sind bedauerlicherweise Ausschreitungen vorgekommen, die von der hiesigen Leitung des Reichsbanners gerade so scharf zurückerledigt werden wie von anderen Kreisen. Gerüchte aus Lüneburg, die durch die Hamburger Presse gehen, erwecken jedoch den Anschein, als wenn die Angehörigen des Reichsbanners die Schuldigen wären. Wenn wir auch der Unterfuchung nicht vorgreifen wollen, so dürfen wir doch folgende einwandfrei festgestellte Tatsachen mitteilen:

### Bunter Abend von „Lachen links“.

Daß sich auch auf anderer Grundlage als der des Sektabaretts Boume und Frohsinn verhalten lassen, bewies der Bunte Abend, zu dem „Lachen links“ seine Leser und Freunde am Mittwochabend eingeladen hatte. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war bis zum letzten Platz besetzt. Dieser Raum hat schon manche Versammlung gesehen, aber wohl noch keine, in der „anhaltende stürmische Heiterkeit“ demoben an der Tagesordnung war.

In einer launigen kolauernden Begrüßungsrede leitete Kuttner, Chefredakteur von „Lachen links“, den Zweck des Abends auseinander. Mitarbeiter und Leserschaft des Blattes einander nahe zu bringen, und, ohne den heiteren Sinn des Ganzen aus dem Auge zu verlieren, auch den Humor zu seinem Recht kommen zu lassen. Das Programm des Abends, zum überwiegenden Teil von Mitarbeiter des „Lachen links“ verfaßt, brachten dann Erich Weiser, Hermann Valentin und Fräulein An Halms zum Vortrag. Weiser, unerlässlich in satirischen Pointen, immer wieder durch den ins Schwarze treffenden Humor seiner Dichtungen frapierend, verurteilt bald des Spielers spirituelle oder naturwissenschaftliche Sensationen, bald verfehlt er dem nationalstischen Phrasenballett und dem militärischen Dünkel tödliche Hiebe. Hermann Valentin brachte durch soziale und antimilitärische Dichtungen auch eine ernste Note in die ausgelassenheit des Abends, um sich dann im zweiten Teil als unübertrefflichen Vertragsminister des satirisch-humoristischen Couplets zu zeigen. Fräulein An Halms' amüßige Erzählung brauchte nicht lange um die Gunst des Publikums zu werben. Dieses war in bester Stimmung, spendete Beifallsortane und bedauerte am Schluß, daß es schon alle war.

Wie wir hören, sollen im Laufe des Winters noch ähnliche Abende stattfinden. B. C.

Die Keilschriftfeder gefunden. Welches Schreibgerät haben die alten Chaldäer benutzt, um die schmalen, feinen Dreiecke ihrer Keilschrift auf den Stein zu schreiben. Ueber diese Frage haben sich die Gelehrten den Kopf zerbrochen, ohne das Rätsel lösen zu können, da es ihnen bisher nicht gelungen war, eine Spur dieses Schreibzeuges zu entdecken. Jetzt hat Dr. Sangdon, der Führer der gegenwärtig in Assur tätigen Forschungs Expedition, das Bild gehabt, das Instrument zu finden. Es besteht aus einem goldenen Schaft von etwa zwölf Zentimeter Länge, der an den beiden Endpunkten in ein scharfgeschnittenes Dreieck ausläuft. Von der praktischen Verwendbarkeit dieses Instrumentes konnte sich Dr. Sangdon sofort überzeugen; es gelang ihm ohne jede Vorbereitung, mühelos Schriftzeichen in den Ton einzuschneiden. Der feinste Griffel, der feinsten Zeichen nicht in der Welt hat, wurde 35 Kilometer von Sipont entfernt an einer Stelle aufgefunden, auf der nach den Historikern früher das alte Uruk stand, jene große chaldäische Stadt, die im Jahre 2200 v. Chr. längere Zeit königliche Residenz war.

Karl Durian, der berühmte Tenor, ist, 55 Jahre alt, in Prag gestorben. Ein Konflikt mit der Dresdener Oper, der er jahrelang angehört, nötigte ihn seinerzeit Deutschland zu verlassen. Er ging zuerst nach Budapest und später nach Prag.

1. Die Organisation „Stahlhelm“ verteilte in Lüneburg einige Tage vor dem Reichsbannerfesten ein gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gerichtetes Flugblatt, in dem das Reichsbanner in der unfähigsten Weise beschimpft und als Schutztruppe Kollats, des französischen Kriegsministers, charakterisiert wurde. Die Mitglieder des Reichsbanners wurden als Deserteure und Stappensoldaten bezeichnet, als käufliche Subjekte, die für die Erwerbung der Mitgliedschaft Geld und Kleidungsstücke gratis erhalten.

2. Die von der Reichsbannertruppe Lüneburg zum Empfang der Gäste angebrachten Girlanden und die Farben Schwarz-Rot-Gold wurden am Vorabend von rechtsgerichteten Kreisen abgerissen und vernichtet.

3. Bei den Auseinandersetzungen am Festtage selbst wurden verschiedenen Stahlhelmlieuten Revolver abgenommen.

## Pension für Leinert.

### Der Bürgerblock vertritt sich.

Hannover, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Die bürgerliche Mehrheit der hannoverschen Stadtvordnetenversammlung nahm heute vormittag noch während der Tagung des Deutschen Städtetages, vielleicht sogar gerade deshalb — Gelegenheit, noch einmal zum Abbau des Oberbürgermeisters Stellung zu nehmen. In einer vertraulichen Sitzung wurde über folgende Anträge des Bürgerblocks beraten:

„Das Bürgerblockkollegium wolle beschließen:

1. Der Oberbürgermeister Leinert ist nach den Bestimmungen der Personalabbauverordnung vom 8. Februar in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.

2. Der Oberbürgermeister Leinert ist sofort durch den Vorsitzenden aufzufordern, seine Neuerung gemäß § 22 der Personalabbauverordnung bei dem Bürgerblockkollegium binnen einer Frist von sieben Tagen einzureichen.

3. Der Vorsitzende ist ausdrücklich bevollmächtigt, alle Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister oder sonst mitwirkenden Behörden bzw. Organen im Namen des Plenums zu führen.

4. Die Entscheidung des Bürgerblockkollegiums über den Abbau der Stelle des Oberbürgermeisters bleibt vorbehalten.“

Trotz der Verhüte der sozialdemokratischen Ratshausfraktion gelang es nicht, die Scheu der bürgerlichen Mehrheit vor der Öffentlichkeit zu überwinden. Der Bürgerblock beschloß einen neuen Angriff gegen Leinert in vertraulicher Sitzung vorzunehmen, offenbar, weil er selbst der Ansicht war, daß eine öffentliche Verhandlung vor jedermann Kargelegt hätte, daß ausschließlich politische Gründe für die Gefährdung maßgebend sind. Die Anträge des Bürgerblocks wurden noch mehrstündiger Beratung mit den Stimmen der Kommunisten angenommen. Die Demokraten enthielten sich der Stimme.

## Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft.

Amlich wird mitgeteilt:

Nach der Satzung der neuen Reichsbahngesellschaft, die als Reichsgesetz erlassen ist und auf dem Gutachten und der Arbeit des Organisationskomitees für die Reichseisenbahn beruht, sind von den 18 Mitgliedern des Verwaltungsrates neun durch die Reichsregierung und neun durch den Treuhänder für die Eisenbahnobligationen zu ernennen. Sie müssen nach Vorschrift der Satzung erfahrene Kenner des Wirtschaftslebens oder Eisenbahnsachverständige und dürfen nicht Mitglieder des Reichstags, eines Landtags, der Reichsregierung oder einer Landesregierung sein. Durch Beschluß des Reichskabinetts sind folgende Vorschläge berufen: Geh. Kommerzienrat Eduard Renhold in Berlin, Oberpräsident a. D. Rittergutsbesitzer Wilhelm Geheimer Rat v. Batski in Steudon (Ostpreußen), Prof. Dr. Ing. Blum in Hannover, Ministerpräsident a. D. Kreisbauplatz in Dresden, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium David Fischer in Berlin, Reichseisenbahndirektionspräsident a. D. Dr. Vitus v. Hertel in Augsburg, Geh. Kommerzienrat Peter Rödner in Duisburg, Generaldirektor Dr. Ott in Köln a. Rh., Dr. Ing. Karl Friedrich v. Siemens in Berlin.

Von dem Treuhänder für die Eisenbahnobligationen Herrn Delecroix sind an deutschen Persönlichkeiten berufen worden: Staatssekretär a. D. Bergmann, Geh. Baurat Dr. Oskar v. Miller in München, Präsident der Handelskammer Hamburg Rünchmeyer, Präsident des Eisenbahn-Zentralamts a. D. Sarre in Berlin, Staatssekretär des Reichsverkehrsministeriums a. D. Stieler in Nebenhausen b. Tübingen.

An ausländischen Mitgliedern sind vom Treuhänder berufen worden: Sir William Lamorth in Anderwood-Straiter, Giuseppe Bianchini in Mailand, Jules Jodot in Brüssel, Maurice Margot in Paris.

Die Zusammenfassung des Verwaltungsrates ist ganz reaktionär. Daß nicht ein einziger Vertreter des Personals dabei ist, kennzeichnet die Sache und wird durch Entschuldigungsgetide nur unterstrichen.

## Die geheimnisvolle Haffkrankheit.

Im Auftrage des preussischen Wohlfahrtsministers hat sich der Geheimne Obermedizinalrat Prof. Dr. Lenk nach Ostpreußen begeben, um dort an den Untersuchungen über die noch völlig ungelöste Haffkrankheit teilzunehmen.

In seinem jetzt erstatteten Bericht sagt er u. a. folgendes: Die Erkrankungen sind bereits Ende Juli aufgetreten. Erkrankt sind bisher nur Haffischer sowie einige wenige Personen, die in unmittelbarer Nähe des Haffs gearbeitet haben, während andere, z. B. die aberbauende Bevölkerung von Rappellen und die Offiziere des sonst schwer befallenen Karmeln, nicht erkrankt sind. Die Krankheit leidet sich ein mit einem hochgradigen Schwächegefühl, das die Fischer meist mitten in der Arbeit befallt. Sobald treten starke Schmerzen in den Muskeln auf. Die Muskeln werden starr, so daß die Kranken sich nicht bewegen können, und es stellt sich ein dunkelbraun gefärbter Urin ein, der bis zu 4 bis 5 vom Tausend Eiweiß enthält. Die Krankheit tritt vorwiegend in den Morgenstunden, wenn der Dampf noch auf dem Wasser liegt, auf. Angehörige sollen häufiger erkranken als Nichtfischer, auch erkrankt meist von zwei im Boote befindlichen Fischern nur einer, und zwar der, der die Angelröhre aufnimmt, während der, der das Boot steuert, gesund bleibt.

Am ganzen sind bis jetzt etwa 300 Erkrankungen festgestellt worden. Drei Kranke sind gestorben.

In einigen Orten sollen auch Katzen und vereinzelt Hunde, Gänse und Enten gestorben sein; zum Teil sollen sie ähnliche Krankheitserscheinungen geboten haben wie die Menschen.

Ein parasitärer Krankheitsverruge scheint nach den bisherigen Beobachtungen nicht in Frage zu kommen, eher scheint es sich um eine Vergiftung zu handeln, die mit dem Wasser des frischen Haffs in Verbindung zu stehen scheint. Von den Fischern selbst wird die Krankheit damit in Verbindung gebracht, daß die Abwässer von Königsberg in das Haff gelangen und daß diesen Abwässern seit März d. J. die konzentrierten Sulfatlauge aus den Zellulosefabriken Biepe und Wasse zugeführt werden; im ganzen kommen auf diese Weise 30 000 Kubikmeter Abwässer in das

Haff. Die Fischer weisen aber auch darauf hin, daß in diesem Jahr das Haff zum Unterschied von den letzten Jahren wieder gelblich habe, daß die Blüten (Algen) sich gelent und dann eine Art Seifen schaum gebildet haben. Die Fischer behaupten auch, daß der Dampf, der besonders in den Morgenstunden auf dem Haff liegt, nach Schwefel geruche habe.

„Zurzeit“ — sagt der Bericht — „sehen wir vor dieser Krankheit wie vor einem Rätsel. Die Krankheitserscheinungen in dieser iniphen Art sind meines Wissens und soweit mir die Literatur bekannt ist, noch nicht beobachtet worden.“

Die Fischer in den Haffbüchern, an sich eine außerordentlich arme Bevölkerung, sind durch die Krankheit in große wirtschaftliche Not verfeht.

## Die Verzeiwung der Gemarterten.

### Hungerstreik auf den Solowechy-Inseln.

Die Auslandsdelegierten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands in Berlin hat soeben aus Rußland die telegraphische Nachricht erhalten, daß im Gefängnis auf den Solowechy-Inseln im Weißen Meer, in dem mehr als 250 Sozialisten und Anarchisten eingekerkert sind, ein allgemeiner Hungerstreik ausgebrochen ist. Dieser Streik riefte schon lange heron, da die Verhältnisse in dem Kerker sich immer mehr verschlechterten. Die allgemeine Forderung der Gefangenen lautet: Aufhebung des Kerkers auf den Solowechy-Inseln und Ueberführung der Gefangenen nach dem Festland. Der Hungerstreik, der auf den Leibesmitleiden internierten politischen Gefangenen ist das letzte verzweifelte Mittel, um die Aufmerksamkeit der Kulturwelt auf die unerträglichen Zustände in dem Kerker zu lenken. Wenn nicht sofort aktive Hilfe kommt, kann für die Gefangenen das Schlimmste erwartet werden.

## Deutschland und der Völkerbund.

### Keine Versprechungen Dr. Kausens.

Paris, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Vertreter des „Journal des Débats“ in Genf berichtet, daß Dr. Kausen außerordentlich erstaunt gewesen sei, als er die Versprechungen erfahren habe, die er einem Berliner Telegramm zufolge dem Reichsfinanzminister Dr. Warg hinsichtlich der Zulassung Deutschlands in den Völkerbund gemacht haben soll. Dr. Kausen erklärte dem Berichterstatter: Das ist absolut falsch. Ich habe gar nichts versprochen. Vier in dem Telegramm aufgeführten Punkte sind von A bis J erfunden. Es war zwischen dem Reichsfinanzminister und mir nur von dem permanenten Sitz im Völkerbundsrat die Rede, bezüglich dessen ich erklärt habe, daß er von den hauptsächlichsten Regierungen nicht abgelehnt werden würde und daß ich in dieser Hinsicht Zusicherungen erhalten hätte. Auf die weitere Frage des Berichterstatters an Dr. Kausen, was er von den Bedingungen halte, die nach Informationen der „Zeit“ von Deutschland gestellt würden, antwortete Dr. Kausen: Ich verfolge das nicht. Es ist dies etwas ganz anderes, als ich jemals nach meiner Unterhaltung mit dem Reichsfinanzminister Warg glauben konnte.

## Arbeit der französischen Demokratie.

### Anerkennung der Beamtenrechte.

Paris, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Innenminister Chaumets hat neuerdings in einem Rundschreiben an die Präfekten an die Stelle der Regierungserklärung vom 17. Juni erinnert, in der der Wille der neuen Regierung zum Ausdruck gebracht wurde, den Beamten die gewerkschaftlichen Rechte zuzuerkennen. In diesem Rundschreiben hat er ausdrücklich fangliche von früheren Regierungen entgegengelegten anderweitigen Anweisungen auf. Herriot hat erst vor wenigen Tagen diese Beziehungen offiziell wieder aufgenommen, indem er eine Delegation der Beamtenvereine empfing.

### Kampf gegen Hehlügen.

Paris, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstagabend hatte die nationalstische „Liberté“ eine Hehlüge veröffentlicht, derzufolge deutsche Flugzeuge kürzlich nachts in Höhe von 5000 bis 6000 Meter Paris überflogen hätten, um die Sphäre der französischen Hauptstadt aufzunehmen. Ministerpräsident Herriot hat mit dankenswerter Rücksichtlosigkeit nicht nur diesen Bildsinn demontiert, sondern auch die Staatsanwaltschaft angewiesen, gegen das Hehlügblatt strafrechtlich vorzugehen.

Am Freitagabend tritt die „Liberté“ unter wütendem Beschimpfung auf Herriot einen Rückzug an, indem sie lediglich die Möglichkeit eines solchen Fluges aufrecht erhält und sich dabei auf ein Gutachten des ehemaligen Kampfflogers und durchgefallenen polnischen carlistischen Abgeordneten Hauptmann Bond beruft.

## Das Reparationsprogramm.

Paris, 26. September. (W.T.B.) Die Reparationskommission hat heute vormittag in Anwesenheit des Vertreters des Eigentums für die Reparationsleistungen, der sich augenblicklich in London aufhält, über das Budget der Reparationsleistungen für die Monate September und Oktober beraten. Die Reparationskommission hat für den Monat September die Höhe der Kohlenlieferungen um 5 Proz. reduziert und auch gleichzeitig bestimmt, daß der verlangte Preis für Kohlen um 10 Proz., für Koks um 8 Proz. herabgesetzt werde. Auch ist bestimmt worden, daß die französisch-belgische Eisenbahnregie, deren Kernetrag von der Reparationskommission übernommen wird, 11 Goldmark für die Tonne Kohlen bezahlt. Das Kohlenlieferungsprogramm für Oktober soll später bestimmt werden. Die Reparationskommission beschäftigt sich noch immer mit dem Verteilungsprogramm für den ersten Monat der Durchführung des Schoerständigenplanes. Da für das Jahr 1924/1925 eine Zahlung von 1 Milliarde Goldmark vorgesehen ist, handelt es sich darum, zu bestimmen, wie die erste Monatsrate von 33 Millionen Goldmark auf die verschiedenen vorgesehenen Verpflichtungen verteilt werden soll. Vor allen Dingen handelt es sich nach dem „Temps“ darum, festzusetzen, welcher Betrag für Sachlieferungen zur Verfügung bleibt.

Der englisch-russische Vertrag. Kolowka, der Führer der Sowjetdelegation bei den englisch-russischen Verhandlungen, hat, um den lebhaften Streit um den Vertrag abzumildern, ein Telegramm an die englische Presse gerichtet, in dem er seine auf der russisch-englischen Konferenz vorgebrachten Erklärungen wiederholt, daß die Sowjetregierung den größten Teil der vorgeschlagenen englischen Anleihe für den Ankauf von englischen Industrieerzeugnissen verwenden wolle.

## Totschlag unter Kindern.

Gestern Freitag gegen 7 Uhr abends wurde der 14jährige Arbeiturburke Kurt Busse aus der Woldenberger Straße 12 von dem 17jährigen Schüler Walter Sobel aus der Gellstraße 17 vor der Wohnung des letzteren derartig schwer verletzt, daß er nach einer halben Stunde gestorben ist. Die Leiche wurde be-schlagnahmt und dem Schauhaufe zugeführt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Rundgebungen des Metallarbeiterverbandes.

Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes befaßte sich im Verlaufe dieser Woche mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage, dem Dames-Gesetz, dem Kampf um den Achtstundentag und der Lohn- bzw. Tarifpolitik. Über diese Fragen hielt Genosse Dymman ein Referat, während Brandes die Agitation und innere Organisation behandelte. Die Aussprache ergab die Übereinstimmung der Verbandsvorleiter aller Landeskomitees mit den Richtlinien des Vorstandes. Einstimmig wurden folgende Entschlüsse angenommen:

### Entschlüsse für den Achtstundentag.

Die Rundgebungen der deutschen Arbeitgeberverbände zur Arbeitsfrage bedeuten eine offene Kampfanlage gegen den Achtstundentag, den zu befechtigen die Unternehmer seit geraumer Zeit bestreben. Um so mehr haben alle Metallarbeiter Deutschlands die Pflicht, in einmütiger, organisatorischer Zusammenfassung und solidarischem Wirken die achtstündige Arbeitszeit zu sichern und dort, wo der Achtstundentag unter der Nachwirkung des Ruhrkampfes und der Inflationszeit vorübergehend verloren ging, alle Kräfte zu seiner Zurückgewinnung heranzuziehen.

Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes unterstützt einmütig den vom Ausschuss des DMB zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gefassten Beschluß, über den Achtstundentag einen Volksentscheid herbeizuführen, und fordert alle Kollegen im Lande auf, sowohl die materiellen Mittel zu seiner Durchführung zu sichern, wie beim Volksentscheid selbst dem Achtstundentag zum Siege zu verhelfen.

Gegenüber den Absichten der Reichsregierung und der hinter ihr stehenden Kreise, die Vornahme des Volksentscheides über den Achtstundentag zu verfrachten, fordert der erweiterte Beirat des DMB nachdrücklich die Durchführung des Volksentscheides in kürzester Frist.

### Entschlüsse gegen die Schutzloovorlage.

Die von der Reichsregierung zugunsten der agrarischen Kreise dem Deutschen Reichstag unterbreitete Schutzloovorlage bedeutet eine stärkere Belastung der arbeitenden Schichten, die dahin führt, den Daseinskampf der Arbeiterklasse weiter zu erschweren und ihre Lebenshaltung noch mehr herunterzubringen.

Der erweiterte Beirat des DMB erhebt gegen die Schutzloovorlage den schärfsten Protest. Er fordert die Arbeiterklasse zum einmütigen Zusammenwirken auf, um sowohl diese Vorlage zu beseitigen, wie alle schützloovorläufigen Bestrebungen ähnlicher Art zurückzuweisen.

### Entschlüsse zur Internationalen Arbeiterhilfe.

Nach den noch dem Kasseler Verbandstag bekanntgewordenen Tatsachen ist die I.A.H. eine Einrichtung, die im wesentlichen den Zwecken der kommunistischen Internationale dient. Die kommunistische Internationale bekämpft in häßlicher Weise und mit vergifteten Mitteln den Internationalen Gewerkschaftsbund und den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, zwei Organisationen, deren Mitglied der Deutsche Metallarbeiterverband ist. Die I.A.H. ist mithin Organ eines erbitterten Gegners der Gewerkschaften, den zu unterstützen unerträglich für den DMB ist.

Der erweiterte Beirat erklärt deshalb, daß es für den Verband und keine Organe unzulässig ist, sich korporativ der I.A.H. anzuschließen bzw. ihr aus Verbandsmitteln Gelder zuzuführen.

### Die Lohnbewegung der Eisenbahner.

Eine stark besetzte Funktionärerversammlung der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes am Montag im Gewerkschaftshaus beschäftigte sich mit der Lage der Organisation und nahm gleichmäßig Stellung zu der dringenden notwendigen Gehalts- und Lohnerhöhung. Über die Entwicklung der Organisation berichtete der Verbandsvorsitzende Scheffel. Hervorzuheben ist aus seinen Ausführungen die Feststellung, daß der Verband die Inflationszeit und die Rückschläge zu Beginn dieses Jahres verhältnismäßig gut überstanden und sich zahlenmäßig sowie finanziell bedeutend gestärkt hat. Die jetzt ruhigere Beurteilung der Organisationsmaßnahmen während der kritischen Zeit hat dazu geführt, daß sich das Vertrauen weiter Kollegenkreise zur Organisationsleitung gehoben hat. Die Verbandsabteilung im Oktober werde wahrscheinlich beschließen, die jahresgemäßen Unterstellungen wieder einzuführen. Er ging dann auf das Verhältnis unserer Organisation zur neuen Reichsbahn-Gesellschaft ein und brachte zum Ausdruck, daß es angesichts der sich daraus ergebenden Aufgaben bitter notwendig sei, daß die Organisationsverhältnisse sich noch weiterhin bessern. Mit einem Appell an die Funktionäre zu weiterer, unermüdlicher Werbearbeit schloß er seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Hierauf schilderte der Bevollmächtigte Winkler die Notwendigkeit, die Bezüge der unteren und mittleren Beamten und der Arbeiter schnellstens zu erhöhen. Die durch Preissteigerung und Mietserhöhung sich stetig vertieuernde Lebenshaltung mache es unmöglich, mit den jetzigen Löhnen auszukommen. Verdient doch z. B. ein unverheirateter 24-jähriger Arbeiter bei einer Arbeitswoche von 12 Stunden — wöchentlich 72 Stunden — 26 Mark und 80 Pfennig in der Woche. Nach Abzug von Steuern und sozialen Abgaben verbleiben ihm noch 21 bis 22 Mark. Weiter trägt die jetzt eingeführte zehntägige Lohnzahlung sehr zur Verbitterung der Arbeiter bei, und so mehren sich die Anträge auf baldige Erhöhung der Bezüge.

In der Aussprache wurde dem Verlangen nach Lohnerhöhung äußerst lebhaft Ausdruck gegeben, wenn auch nicht verkannt wurde, daß zurzeit schwer zu überwindende Schwierigkeiten bestehen. Heftige Angriffe wurden dabei auf das sich immer trasser zeigende Antreibersystem und die noch immer unerträglich langen Arbeitszeiten gemacht. Man wandte sich auch scharf gegen die demagogische Handlungsweise der kommunistischen Sondergruppe, die in ihren Beruffenstellungen zwar die Eisenbahner ständig auffordert, Lohnforderungen zu stellen, selber aber keine Anstalten zur Durchführung derselben macht, sondern es lediglich dem DMB überläßt, die Lohnbewegung durchzuführen.

Scheffel betonte, daß man auch im Verbandsvorstande die Notwendigkeit einer Gehalts- und Lohnerhöhung durchaus anerkennt und sich schon mehrfach sehr eingehend damit beschäftigt hat. Trotz schwerer Bedenken, die ihren Grund in der noch immer schwierigen

Wirtschaftslage mit ihrer Rückwirkung auf den Eisenbahnbetrieb (Verkehrsrückgang) haben, werde man zur Kündigung des Lohnabkommens schreiten. Er hoffe, daß die anderen Tarifverträge unsere Schritte unterstützen und daß die organisatorische Werbearbeit weiter zunehme; um so leichter werde ein Erfolg zu buchen sein.

Die einstimmig angenommene Entschlüsse verweist darauf, daß die Preissteigerung der Lebensmittel fortschreitet, die Mieten weiter steigen, durch Schutzloovorlage weitere Preissteigerungen eintreten. Die Versammelten erwarten von der Verbandsleitung, daß sie mit allen Kräften verhindert, daß die neue Reichsbahn-Gesellschaft die aufzubringenden Lasten auf die Schultern der Bediensteten abwälzt. Insbesondere muß aber versucht werden, die Einkommensverhältnisse der Eisenbahner schnellstens zu verbessern, wobei eine weitere Spannung zwischen den einzelnen Gehalts- und Lohngruppen unbedingt abzulehnen, vielmehr eine Verringerung derselben zu erstreben ist.

Eine bürgerliche Korrespondenz verbreitete die Mitteilung, daß die Spitzenorganisationen der Eisenbahner im Reichsverkehrsministerium über eine Lohnerhöhung der Eisenbahner verhandelt haben sollen, aber auf Grund der Zusicherung der Regierung hinsichtlich einer Preisfestsetzung von der Kündigung der Lohnparagrafen des Tarifvertrages abgesehen hätten. Wichtig ist, daß die Vertreter der Eisenbahnergewerkschaften aus anderen Gründen im Reichsverkehrsministerium vorgeprochen haben. Sie haben bei dieser Gelegenheit auf die Notlage der Bediensteten hingewiesen und die Kündigung der Lohnparagrafen in Aussicht gestellt. Der Regierungsvertreter nahm Veranlassung deshalb auf die Preisfestsetzung der Regierung und auf andere Umstände hinzuweisen, die nach seiner Ansicht keine Lohnerhöhung rechtfertigten. Die Gewerkschaften haben hieron unter Widerspruch Kenntnis genommen. Den entscheidenden Beschluß über die Kündigung der Lohnparagrafen des Tarifvertrages werden sie in letzter Stunde fassen.

### Gescheiterte Lohnverhandlungen im Brauereiwesen.

Die Arbeitnehmer der Berliner Brauereien hatten den Ablauf des Ueberarbeitszeitabkommens am 1. Oktober zum Anlaß genommen, bei der Arbeitgebervereinigung den Antrag zu stellen, den Ausfall, der durch die Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit entsteht, durch eine entsprechende Lohnerhöhung auszugleichen. In den Verhandlungen, die gestern deshalb gepflogen wurden, lehnten die Arbeitgeber eine Lohnerhöhung ab. Sie meinten, daß sie an der Beibehaltung der längeren Arbeitszeit ebensowenig Interesse hätten, als an der Wiedereinführung des Achtstundentages. Die Verhandlungen gerieten sich daher nach kurzer Dauer.

Die Funktionäre beschloßen gestern abend noch nach einem Bericht, den Bevollmächtigter Hodapp gab, den Schlichtungsausschuß anzurufen.

### Lohnbewegung der Kupferschmiede.

In einer Mitgliedereversammlung des Verbandes der Kupferschmiede am Donnerstag berichtete Fleischmann über den Stand der Lohnbewegungen. In den Kleinkupferschmiedereien hielt der Lohn eine Zeitlang die Spitze im Vergleich zu den Löhnen, die im Reich gezahlt werden. Als sich das änderte, trat die Verbandsleitung an die Arbeitgeber mit dem Ersuchen heran, die Löhne aufzubessern. Die Arbeitgeber versuchten sich aber hinter dem schon bekannten schlechten Geschäftsgang zu verstecken und vertrösteten die Kupferschmiede auf — 1925. Die Bewegung ist noch nicht abgeschlossen. Ebenso schweben noch Verhandlungen über einen neuen Manteltarif, zu dem die Unternehmer die üblichen Verschlechterungsanträge gestellt haben. Ueber die Lohnverhandlungen in den B.R.M.-Betrieben konnte Fleischmann nur das bereits Bekannte mitteilen. Für die Hochdruckmonteure ist es beim Abschluß eines neuen Manteltarifs gelungen, alle umstrittenen Positionen zu halten. Der Lohn dieser Branche konnte von 75 Pfennig auf 82 Pfennig erhöht werden mit der Maßgabe, daß dieser Lohn einen Mindestlohn darstellt. Die Lohnverhältnisse in den chemischen Betrieben hängen von der Lohnbewegung in den Kleinbetrieben ab. Der Lohn beträgt zurzeit 78 Pfennig, doch werden Leistungszuschläge gezahlt.

In den Brauereien ist eine Lohnbewegung im Gange. Die Unternehmer haben erst die geforderte zehnprozentige Erhöhung abgelehnt, sich dann aber bereit erklärt, bei der Neuregelung der Winterarbeitszeit auch eine Revision der Löhne vorzunehmen.

Die Mitgliederbewegung bewegte sich im 2. Quartal das erste Mal seit der Inflation wieder in aufsteigender Linie. Es ist ein Mitgliederbestand von 738 gegenüber 724 Mitgliedern im 1. Quartal zu verzeichnen. Schließlich wurde beschlossen, in der 42. und 46. Beitragswoche einen erhöhten Beitrag von 1,40 Mark zu erheben, um aus der Mehreinnahme die Weihnachtsgeldunterstützung für arbeitslose, franke und invalide Mitglieder zu bestreiten.

### Urlaub bei den Reichsverwaltungen.

Eine der Sparmaßnahmen der Regierung war Anfang dieses Jahres neben der Arbeitszeitverlängerung die Kürzung des Erholungsurlaubs der Reichsbeamten und Angestellten. Soweit schwerkriegsbeschädigte Beamte in Frage kommen, hat die Reichsregierung schon eingesehen, daß die Kürzung des Erholungsurlaubs besondere Härten zur Folge hat. Sie hat infolgedessen am 14. August eine Verordnung erlassen, nach welcher den schwerkriegsbeschädigten ein längerer Urlaub dann gewährt werden darf, wenn dies aus gesundheitlichen Gründen im Einzelfalle sich als geboten erweist.

Der Zentralverband der Angestellten hat nunmehr die Ausdehnung dieser Bestimmung auf die schwerkriegsbeschädigten Angestellten der Reichsverwaltungen erreicht. Die betreffende Verfügung ist im „Reichsbesoldungsblatt“ Nr. 50 abgedruckt.

### Lohnbewegung der Straßenbahner im Ruhrgebiet.

Essen, 20. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen am Freitag in Essen zwischen dem Arbeitgeberverband und den am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften über die neue Lohnfestsetzung für die Straßenbahner des rheinisch-westfälischen Industriegebietes haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Arbeitgeber lehnen jede Lohnerhöhung ab. Der Schlichter für Rheinland und Westfalen, Reichs- und Staatskommissar Neßlich, ist zur Schlichtung angerufen worden.

### Kapitalistische Wirtschaftsordnung.

Während auf der einen Seite alles darangesetzt wird, durch längere Arbeitszeit im Bergbau die Produktion zu steigern, erklärt die Generaldirektion der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-Gesellschaft, sie habe so wenig Absatz, daß sie täglich bis zu 4000 Tonnen Kohle auf Lager nehmen müsse, wodurch die Qualität der Kohle sich verschlechtert. Die Lagerungsmöglichkeiten seien überdies vollkommen erschöpft. Die Lagerung bedeute eine unerträgliche finanzielle Belastung. Die Produktion wird also abgebaut und damit 4500 Bergarbeiter, ihre Frauen und Kinder. Das ist Bahnhöh und keine Ordnung! Eine Frage für sich, ob nicht eine bestimmte Abfuhr zu bestimmten Zwecken mit im Spiele ist.

Bochum, 27. September. (Eigener Drahtbericht.) Heute finden in Bochum Verhandlungen zwischen der Generaldirektion, Vertretern der Regierung, der Arbeiterorganisationen und der beteiligten Gemeinden über die von Deutsch-Lux beabsichtigte Kündigung von 4500 Bergarbeitern statt. Wenn diese Entlassungen durchgeführt würden, so werden die Gemeinden Lünen, Dahlhausen, Alten-Bochen, Barop und auch die Stadt Dortmund schwer betroffen werden. Die Reichskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hat inzwischen folgende Entschlüsse an den Reichsanwalt sowie an den preussischen Minister des Innern gedrückt:

„Die Reichskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands lenkt in schwerer Sorge um das Schicksal tausender Bergleute und zahlreicher blühender Gemeinwesen im südlichen Ruhrrevier die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Reichs- und Staatsbehörden auf die dort von den Unternehmern betriebenen Zerschüttelungen. Die zur Begründung dieser rücksichtslosen Maßnahme vorgegebene Unrentabilität bedarf des einseitigen Beweises. In dem Vorgehen der Unternehmer muß der Versuch erblickt werden, die Lohn- und Arbeitsbedingungen weiter zu verschlechtern und unter dem Druck der Stillelegungen ihren Privatinteressen einseitig zum Durchbruch zu verhelfen. Dadurch wird in hohem Grade die Wiederherstellung eines normalen Wirtschaftslebens gefährdet. Darum ersucht die Reichskonferenz die Reichs- und Staatsregierung, der schlimmen Schädigung unserer Kohlenwirtschaft durch die Zerschüttelungen an der südlichen Ruhr mit allen geeigneten Mitteln entgegenzutreten und darauf hinzuwirken, daß die verfehlten Schritte wieder rückgängig gemacht werden.“

### Der Anschlag der Köhling-Werke pariert.

Die Belegschaft der stillgelegten Köhling-Werke in Saarbrücken-Böblingen hat zum größten Teil in der Umgebung und besonders in Lothringen Arbeitsgelegenheit gefunden. Die Arbeiter erklären, daß sie sich nicht zu einer Wiederaufnahme der Arbeit in den Werken verstehen, solange Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung von ihnen verlangt werden.

Selbst wenn die Begründung für die Stillelegung zutrifft, daß die Kohlenpreise der Saargruben zu hoch sind, ist das kein Grund, den Arbeitern zugunsten, sie sollen auf Kosten ihrer Existenz die Differenz ausgleichen. Ist der Kohlenpreis tatsächlich zu hoch, muß für seine Herabsetzung gesorgt werden.

Streik in der Dampfmaschinenfabrik L. Toman in Köpenick. Die Firma zahlt sehr niedrige Löhne. Den Männern 35 Pf., den Frauen 25,5 Pf. Stundenlohn. Der Wächter bekommt für einen 9 1/2 stündigen (11) Wochenlohn 20 M. ausbezahlt. Diese niedrigen Löhne zwangen die Arbeiterschaft zu einer gemeinsamen Arbeitsniederlegung. Die Kollegen der anderen Betriebe hat unbedingt Solidarität zu üben und die Streikenden in ihrem gerechten Kampf zu unterstützen. Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Achtung! Die Arbeiterschaft der Firma Gebr. Krone, Schuhputzmittel-Fabrik, Warschauer Straße 34/35, ist wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten. — Wir eruchen die Berliner Arbeiterschaft, Solidarität zu üben und Zugang fernzuhalten! Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Verband der Fabrikarbeiter, Ortsverwaltung Groß-Berlin.

In der Hamburger Mineralölindustrie haben gestern die Arbeiter der meisten Betriebe wegen Lohnfortschrittlichkeit die Arbeit niedergelegt.

Achtung, Bäder und Konditionen! Morgen, Sonntag, vorm. 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24/25, Funktionärerversammlung der Aktion „Unter dem 1. Sonntag über: Die Bedeutung von Lohn und Gehalt für die Arbeiterklasse.“ Referent: Genosse Kurt Hermann. 2. Wie schützen wir die Republik? Gewerkschafts- und Parteifunktionäre mitbringen. Zahlreichen Besuch erwünscht. Der Aktionsvorstand.

SPD-Wahnen- und Preisverleger und Rohrenmacher. Morgen, Sonntag, vormittag 10 Uhr, bei Schilling, Rungestr. 30, wichtige Besprechung. Erscheinen aller Kollegen Pflicht!

Sattler-, Tapezierer- und Portierverband. Jugendabteilung. Morgen, Sonntag, Ausflug nach Strausberg und Erfner. Treffpunkt Sonntag morgen 7 Uhr Schillerstr. Bahnhof, Hauptplatz. Die Kollegen in den Betrieben werden gebeten, die Belegungen darauf aufmerksam zu machen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Meuter; Wirtschaft: Artur Caterans; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Funktionäre: Dr. John Schickowski; Soziales und Sonstiges: Felix Herold; Anzeigen: Th. Gluck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2, Hieran 2 Beilagen.

Wenn Sie wüßten wie sicher und bequem Sie Ihre Hühneraugen und Hornhaut durch „Lebewohl“ los werden, würden Sie sich nicht erst mit minderwertigen Mitteln herumzergern. „Lebewohl“ wirkt durch Filzring sofort schmerzstillend. Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf. — Seit 20 Jahren bewährt. — In Drogerien und Apotheken zu haben. Verlangen Sie ausdrücklich Lebewohl mit Filzring

KRESSIN MOHAR 5 in Blechpackung Die Marke des Qualitätsratters

ZIGARETTEN MOHAR LUXUS 8 Die Marke des Feinschmeckers

# Wie märkische Kleinstädte aussehen.

## Jüterbog.

Dem Berliner, der sich sich, wenn er es sich leisten kann, an einer „gut bebratenen Gans als einer Gabe Gottes“ erfreut, sollte eine Stadt, deren Name mit dem geliebten Tot anfängt, sympathisch sein, aber von den vielen Millionen, die im D-Zuge oder im Bummelzuge Jüterbog passieren, ist wohl nur ein verschwindend kleiner Teil ausgezogen, um dem Ruffeständchen einen Besuch abzustatten. Und doch lohnt es, sich für ein paar Stunden dort aufzuhalten und, wenn möglich, einen Abstecher nach dem nahen ehemaligen Kloster Zinna, das durch seine mittelalterliche Architektur sich auszeichnet, damit zu verbinden. Im Gegensatz zu dem bedeutend größeren Luckenwalde, das auf der Bahnstrecke von Berlin aus vorher durchfahren wird, besitzt Jüterbog eine reiche historische Vergangenheit und mannigfache architektonische Sehenswürdigkeiten.

### Aus der Geschichte.

Schon 1007 wird das wendische jutro (Morgen) bog (Bog) erwähnt; vom Magdeburger Erzbischofsitz erfolgt dann bald Eroberung und Befestigung: 1144 erhält die Stadt Magdeburgisches Recht. Bis 1635 dem Erbstift gehörig, dann sächsisch geworden, kam sie 1815 an Preußen. Der Dreißigjährige Krieg brachte die üblichen Drangsale, aber auch der Siebenjährige Krieg ging nicht spurlos vorüber; am 28. August 1756 erließ Friedrich II. von hier aus seine Kriegserklärung an Oesterreich und Sachsen. Aber die Hauptmerkmale sind doch an die Romen Teigel und Deunewitz geknüpft: das eine rührt ein Schulbeispiel für die Verquickung von kirchlicher Willkür, Fürstengewalt und — Kapital. Als Albrecht von Brandenburg 1514 den Erzbischofsitz von Mainz erlangte, hatte er zu diesem Zwecke 30000 Gulden bei dem Reichschatz jener Zeit, dem Handlungshaus Fugger-Lugsburg, aufgenommen. Der Papst gestattete ihm, diese Summe durch Ablasshandel einzubringen, wenn er die Hälfte der eingehenden Gelder nach Rom abführte. So wurde Johann Teigel, 1455 als Sohn eines Goldschmieds in Leipzig geboren, der Kommissar des Mainzer Erzbischofs. Auch Berlin wurde mit seinem Besuch beehrt (5. Oktober 1517); noch vorher ereignete sich das Erlebnis, das Teigels Name mit Jüterbog verbindet: Ritter Hole von Stulpe nahm ihm am hohen Golm den gefüllten Ablasskasten fort, nachdem er sich vorher dafür Ablass gekauft hatte. Den Ablasskasten Teigels finden wir in der Abbildung wieder. 1813 hatte Napoleon die gute Idee, den Berlinern zu zeigen, was ein Krieg bedeutet. Aber die heldenmütige Abwehr bei Großbeeren hatte am 23. August den ersten Vorstoß zunichte gemacht; der zweite führte am 6. September zu dem schweren, aber schließlich doch glücklichen Ringen bei Dennewitz, einem in der Nähe von Jüterbog gelegenen Dorfe. Ein Denkmälchen ist auf dem Schlachtfelde errichtet, aber der Besuch bietet landschaftlich keine weiteren Reize. 111 Jahre sind seitdem vergangen, und die Geschichte hat blutigere Kämpfe zu verzeichnen gehabt.

Und nun aus dem Dunkel der Vergangenheit in das Leben der Gegenwart.

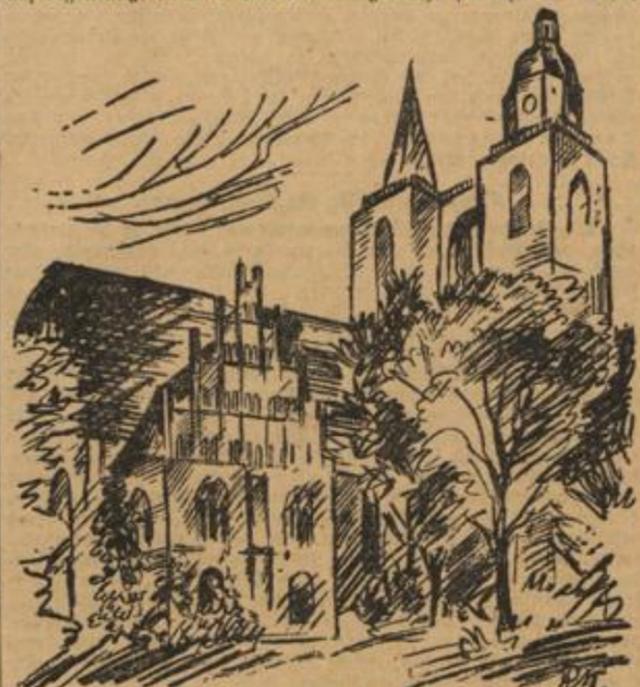
### Der Stadtcharakter.

Wer nach dem verhältnismäßig lebhaften Treiben auf dem Bahnhof — Knotenpunkt mehrerer Linien und Schnellzugstation — auch ein flottes Leben auf den Straßen erwartet, wird sich — angelehnt — enttäuscht finden: die sauberen, oft netten, beschiedenen Häuser, oft noch Fachwerkbauten, belebten Straßen und der geräumige Markt tragen einen durchaus ruhigen Charakter. Früher, als das Militär eine große Rolle spielte und große Baulichkeiten für seine Bedürfnisse aufgeführt wurden, ist Handel und Wandel davon stark beeinflusst worden; die zahlreichen, oft recht ansprechend ausgestatteten Läden sind aber ein Beweis dafür, daß trotz der militärischen Einschränkung Kaufkraft genug in der Stadt und den umgebenden Dörfern vorhanden ist, um das Geschäftsleben in Gang zu halten. Von Industriebetrieben ist einziges vorhanden, und in den vor den Toren liegenden Gemeinden Damm und Reumarkt macht sich auch der Ackerbürgerstand geltend, aber das Wesen der inneren Stadt ist doch behagliche Ruhe. Im politischen Leben deutet das Vorhandensein eines sozialdemokratischen Wahlzirkels auf planmäßige

Arbeit hin; Arbeiterjugend und Jugendsozialisten finden sich zu sammeln; die kommunistische Ladung, deren braunrot angemalte Werbeformel man ohne Schaden ruhig stehen läßt, ist wohl ohne besondere Zugkraft mehr. Bei nicht ganz 3000 Wählern wurden da 630 sozialistische Stimmen bei der letzten Wahl abgegeben. In der Stadtvertretung finden sich 4 Mehrheitssozialisten, 2 Kommunisten, 8 Bürgerliche und 4 Reichsbund.

### Die Sehenswürdigkeiten.

Ein Pferdewagen bringt uns auf einer schönen Allee Straße vom Bahnhof ins Innere der Stadt. Man passiert das Dammtor, auf dessen äußerer Seite eine Keule angebracht ist nebst einer Tafel,



Nicolai Kirche in Jüterbog. Darunter der „Tetzlkasten“

auf der zu lesen steht: Wer seinen Kindern gibt das Brot und leidet nochmals selber Not, den schlage man mit der Aule tot. Jedes der drei Stadttore — Nr. 2 und 3 sind Zinnaer und Reumarkt-Tor — trägt eine solche Keule und die Tafel. Die drei Tore sind gut erhaltene Beispiele mittelalterlicher Befestigungskunst, durch stattliche Türme und charaktervolle Ausbildung von Innen- und Außenort ausgezeichnet; beim Zinnaer Tor fehlt allerdings das letztere. Auf dem Markt das Rathaus, ein gotischer Bau aus dem 15. Jahrhundert; namentlich der Staffelturm über einer offenen Halle im Norden und der spätgotische Ostgiebel (1403) mit der Statue des heiligen Moritz, des Patrons des Erzbistums Magdeburg, verdienen unsere Aufmerksamkeit.

Zwei der drei vom Markt nach Osten gehenden Straßen: die Mittelstraße und die Große Straße, führen zur Nikolaikirche, einem dreischiffigen gotischen Hallenbau aus dem 15. Jahrhundert, dessen Dimensionen sowohl nach Länge wie Höhe bedeutend genannt werden müssen. Das weisse und wenig belebte Innere wirkt wie bei vielen protestantischen Kirchen nüchtern, um so mehr, als die sonst so wirkungsvoll schmückenden Grabsteine, Epitaphie und dergl. fast völlig fehlen. Erwähnung verdienen in der Sakristei das Gemälde „Beweinung des Herrn von Lukas Kranach“, ein Sakramentshäuschen (6 Meter hoch, von 1507), Renaissancekanzel von 1608, alte Malereien im Chorumgang, und in der „alten“ Sakristei alte Decken- und Wandmalereien sowie der oben bereits erwähnte „Teigel-Kasten“, eine Truhe von mächtigen Ausmaßen. Die beiden Türme der Kirche, von denen der eine nicht vollendet wurde, sind durch eine Brücke verbunden. Imponiert die Nikolaikirche durch ihre Größe, so bietet die Wächterkirche mit dem sich anschließenden Rest des alten Klosters, unweit vom Markt gelegen, einen ungemeinlich lieblichen Anblick. Die Kirche wird nicht mehr benutzt; völlige Stille umgibt uns in ihrem Umkreis. Wir treten in den sich am Klostergebäude hinziehenden Garten ein und bilden in — Schulstube. Ein idealer Platz, eingehüllt von dem die ganze Hauswand und das Dach überstimmenden Giebel. Weniger anmutig, aber in ihrem ersten Charakter das höhere Alter betonend, ist die in der Dammvorstadt befindliche Frauenkirche, eine Pfeilerbasilika mit romanischen Teilen, vom Kirchhof umgeben. Als weiteres Beispiel gotischen Profanbaues sei noch der in der Nähe der Nikolaikirche gelegene Abtshof erwähnt, das Heim der Lebie des nahen Zinna, 1478 erbaut. Im bequemen Beieinander liegen diese architektonischen Sehenswürdigkeiten, deren Erhaltung dem Kunstverständnis der Stadt ein gutes Zeugnis ausstellt. Uebel beraten war man aber, als man neben der Nikolaikirche ein Denkmal für die im Weltkrieg 1914—18 gefallenen Angehörigen der Stadt in Form eines Sarkophages in einem Säulengang aufstellte. Es schwebt ein eigener Linstern über Ehrung und Im-Gedächtnis-gehalten unserer teuren Toten, und der an diesem Denkmal angebrachte Ausspruch des Großen Kurfürsten: „Exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor“ trägt zu sehr nationalstolzes Gepräge, um weihenoll zu wirken. Revanchekrieg angeht das Todes- und Angehts des hochtragenden Baues der Kirche, die doch ein Zeichen der Liebe sein soll.

Auf dem Bahnhof donnern die vollgepfropften Züge daher — völkerverbindend, verschöndend. Fast alles eilige Reisende, die von einer so kleinen Stadt — 8000 Einwohner — keine Notiz nehmen. Aber wer mal ein paar Stunden diesem architektonisch so reichen Ort zu widmen in der Lage ist, soll es nicht unterlassen. Er wird es nicht zu bereuen haben.

### Das Luftschiff als Fluchthelfer.

Vor dem Urteil aus dem Gerichtssaal geflohen.

Vor dem Potsdamer Geschworenengericht hatte sich der frühere Gutsinspektor Paul Sirek aus Karolinenhof wegen doppelten Meineides zu verantworten. Der Angeklagte hatte seinerzeit von einer Frau Stridroth ein Gut Rabland gepachtet und sofort bezogen. Der Landrat des Kreises Niederbarnim hat diesen Pachtvertrag nicht genehmigt und der Angeklagte mußte das Gut wieder räumen. Bei dieser Gelegenheit wurde von Sirek ein großer Teil des toten Inventars, das ihm nur pachtweise überlassen war, verschoben. Als dem Angeklagten der Eid zugesprochen war, leistete er auf dem Amtsgericht in Baruth einen Faltschrei. Im zweiten Fall war die Kreisstatte Niederbarnim seine Gläubigerin. In dem Termin, den der Kreis gegen den Gutsbesitzer anstregte, reichte dieser ein Vermögensverzeichnis auf dem Amtsgericht Baruth ein und beschwor dieses mit dem Offenbarungseid. Auch diese Eidesabgabe war falsch, war doch der Angeklagte obendrein Besitzer eines Gutes, einer Wiese und anderer wertvoller Vermögensstücke, die er verschwie. Der Anklagevertreter, Erster Staatsanwalt Gerlach, beantragte gegen den Angeklagten zwei Jahre drei Monate Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust und die üblichen Nebenstrafen. Der Angeklagte, nach dem letzten Wort befragt, rief: Auf meinen Grabstein kommt: „Ich bin von der Justiz beraubt und betrogen!“ Das Gericht zog sich zur Beratung zurück. Draußen herrschte die Luftschiffbegeisterung und der Angeklagte versicherte auf Nimmerwiedersehen. Man wartete vergebens. Das Urteil wurde in Abwesenheit des flüchtigen Angeklagten verkündet und lautete auf ein Jahr sechs Monate Zuchthaus, drei Jahre Ehrverlust und die üblichen Nebenstrafen. Der Staatsanwalt hat sofort einen Haftbefehl gegen ihn erlassen.

# Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nexö.

Frank verfluchte sich selbst in Gedanken um seiner Ungeschicklichkeit willen und sah ein, daß der beleidigte Brauer um jeden Preis besänftigt werden mußte, wenn ein Resultat erzielt werden sollte.

„Ja, natürlich ist man selbst schuld“, sagte er demütig. „Man möcht ihn ja gern ein bißchen anständig halten und ihn nicht alles mögliche tun lassen wie ein beliebiges Armeleutskind. Und was der Bursche für einen Kopf fürs Wesen und Schreiben hat! Ich sage oft zu ihm: Los, rechne mir das mal aus! Und er tut's stehenden Fußes und läßt mir ins Gesicht hinein. Denn ich habe immer einen schlechten Kopf für dergleichen gehabt. — Und eines Tages, als Mutter zu mir sagte, ich schaute aus den Augen wie ein wütender Stier, murmelte er — Gott steh mir bei: „Pack den Stier bei den Hörnern“. Ich tat ja, als hörte ich nichts, denn man soll zu so etwas nicht ermuntern. Aber so ein Kopf, was! „Pack den Stier bei den Hörnern“, sagt er — Gott steh mir bei, und der Junge geht doch erst zum Pastor.“

Brauer Dam hatte sich zurückgezogen und die Tür geschlossen. Schneider Frank achtete jedoch nicht darauf; er suchte mit den Armen in der Luft und fuhr fort zu reden, indem er sich an einige Passanten wandte, die stehen geblieben waren:

„Ich will nichts gesagt haben, aber der Bursche hat seines Vaters Kopf. „Pack den Stier bei den Hörnern“, brummt er, ganz leise — aber Meister Frank ist nicht von gestern. „Halt den Mund“, sagte ich, „Denn Lumpereien soll man nicht unterstehen“. Und doch ist's eine gute Leistung für einen Jungen von vierzehn Jahren. „Pack den Stier bei den Hörnern“, sagt er in vollem Ernst.“

Frank lachte glückselig und bummelte die Straße entlang, und die Zuhörer folgten ihm lachend und unter verschiedenen Zurufen, während die Jungen einander von hinten gegen ihn pufften.

Auf dem Marktplatz war das junge Volk und die einfachere Bevölkerung im Begriff, sich unter der großen Fahne aufzustellen, die ein riesengroßer Fischer mit ehrwürdigem Bart balancierte. Man wartete bloß auf die Musik, um sich im Zuge auf den Festplatz zu begeben.

Auch hier wurde Frank mit einem Regen von witzigen

Bemerkungen empfangen; sie wurden förmlich über seinem Kopfe hin und her geworfen.

„Aha, da haben wir den Mann der Madam Frank!“

„Na, es hat wohl gewittert, Meister?“

„Seht, wie nett sein Anzug heut morgen geklopft ist!“

„Ja, er läßt ihn auf dem Leibe klopfen, damit er nicht den Schnitt verliert.“

Meister Frank nahm den Leuten diese Kalauer nicht übel. Er fühlte, daß er, wenn es darauf ankam, die Sympathie aller dieser Menschen hatte; und war sie auch mit einem gut Teil Berachtung gemischt, so kassierte er sie doch mit Freuden ein.

In Wirklichkeit hielt es denn auch die ganze Stadt mit ihm, obgleich man zugab, daß er ein Subjekt war, und seine Jämmerlichkeit auch nicht gerade historisch betrachtete.

Seine Frau dagegen verurteilte man. Doch nicht aus irgendwelchem Jorn darüber, daß sie ihren Mann betrogen hatte; das fand man ganz in der Ordnung, da er nichts taugte. Aber man liebte ihre schroffe Natur nicht, die sich um so fester entgegenstemmte, je reizender die Strömung war, und gerade gegen sie arbeitete, wenn sie zum Wirbel anstieg. Man ließ sich selbst so gerne still mitfragen.

Darin verstand man sich besser mit dem Meister Frank. In all seiner Jämmerlichkeit, Faseligkeit und der Reizung, dem geringsten Druck nachzugeben, war etwas Verwandtes, das man zwar nicht anerkannte, aber das ganz unmittelbar ansprach.

Er konnte einen zum Mitleid rühren.

Und Meister Frank konnte sich in dem Mitleid seiner Mitmenschen, selbst wenn es sich, wie jetzt, ein wenig überlegen äußerte.

14.

Der Festplatz draußen im Walde gähnte in brütender Glut zu dem wolkenlosen Himmel hinauf, nach allen Seiten von gewaltigen Tannen eingeschlossen.

Ein buntes, schwühendes Gewimmel zog in zahllosen Richtungen über das weisse Gras, wie die Ameisen in einem Hügel.

Da waren edle Dienstmädchen und barfüßige Hütungen mit geschälten Ohren und kaffeebrauner Haut. Aus der ganzen Harde (Amtsbezirk) hatten die Armenhäuser ihren Inhalt an Krüppeln, Idioten und Subjekten auf den Festplatz entleert, das ganze niedere Volk der Gegend war da: Fischer, Knechte in langen Stiefeln und schwedische Steinhauer. Die Bauern selber waren mit Frauen und Töchtern erschienen,

und die Honoratioren der Stadt hatten sich auf und neben der kleinen Tribüne versammelt, um in vornehmer Zurückgezogenheit das Volkstreiben zu beobachten.

Eigentlich hatte das Fest noch nicht begonnen. Es fehlte nämlich noch der Bürgermeister, der den ganzen Tag über das schwierige Problem nachgedenken hatte, wie er den Landessvater würdig repräsentieren sollte, und der schließlich zu dem Resultat gelangt war, er tue es am besten, indem er auf sich warien lasse.

Während so die offizielle Eröffnung des Festes, in Uebereinstimmung mit dem gnädigen Beschluß des Bürgermeisters, noch bevorstand, war das Volk bereits zu dem gemüthlicheren Teil übergegangen und schenkte, um die Wahrheit zu sagen, dem Ausbleiben der hohen Obrigkeit keinen Gedanken.

Die Jugend tändelte mit mehr oder weniger Unbefangtheit, die Älteren beobachteten sie mit behaglichem Lächeln und erinnerten sich eigener Jugendtorheiten, gaben vielleicht auch hier und da ein Beispiel zum besten, um zu zeigen, daß sie nicht zurückgestanden hätten, und nahmen dann ihre Zusage zu Wads, um „etwas Solideres“ zu kriegen.

Wads war heute in seinem Element.

Er sah im Hintergrund der Kneipe und schimpfte, daß sein Fett beinah Falten bildete; und die beiden Jungen umsprangen ihn wie Fickeln, zogen Bierflaschen auf und schenkten Bittern, Arrak und dänischen Kornbranntwein ein.

Wads hatte seine Augen überall.

„Gib acht! Gib acht!“ Schrie er den Jungen zu, so oft ein neuer Mann über die Bank wegschritt. „Sieh nach den Leuten in der anderen Ecke, Lars, sie sitzen auf dem Trocknen! — Stell das Faß schräg, bevor du ein neues anstichst, Thorwald, das Beste ist auf dem Grund!“

Vor ihm auf einem kleinen Tisch stand die Kasse, so daß er beständig ein Auge darauf haben konnte, was hineinkam und was zum Herausgeben genommen wurde. Sie begann sich schon zu füllen, und Wads warf zärtliche Blicke zur Sonne hinauf und wünschte, daß sie doppelt so groß wäre und zehnmal so glühend schiene.

Rings in der Menge und auf den entlegeneren Pfaden spazierten zu Paaren die Ladengehilfen und Kontoristen mit den hellgeleibten Bürgerdächern. Sie hatten auf der Brust ein Medaillon mit dem Bilde des Königs, zum Zeichen, daß sie zu dem konservativen Klub der Stadt gehörten, der eigentlich erst am Abend in den Klubtotalitäten seine Freier abhalten sollte, sich aber vom Bürgermeister hatte überreden lassen, sich mit dem Volk zu bemengen.

(Fortsetzung folgt.)

## Eifersucht und Alkohol.

### Zwei Eifersuchtsdramen vor dem Schwurgericht.

Alkohol und Eifersucht spielten die Hauptrolle in zwei Verhandlungen, die das Schwurgericht des Landgerichts I beschäftigten. Beide Fälle haben bereits schon einmal das Schwurgericht beschäftigt. Die erste Verhandlung, die sich gegen den Polizeibetriebsassistenten Wilhelm Gehele richtete, der wegen versuchten Mordes angeklagt war, kam im Wiederaufnahmeverfahren zur neuen Verhandlung. Der zweite Fall ist der des Magistratsbeamten Gellesatz, der beschuldigt worden war, seine Frau getötet zu haben und deswegen in sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden war.

Gehele steht jetzt im Alter von 54 Jahren und war in langjähriger Ehe verheiratet. Er hat auch schon eine erwachsene und verheiratete Tochter von 26 Jahren. Die Ehe gestaltete sich wenig glücklich, da Gehele unter der Einwirkung des Alkohols sehr aufbrausend war. Außerdem war seine fast gleichaltrige Frau seit Jahren kränzlich. Das Glück, das er nicht in der Ehe fand, suchte er bei einer Frau H., die in dem Polizeibureau, in dem der Angeklagte tätig war, als Reinmachefrau beschäftigt war. Als Frau H. vor zwei Jahren einen anderen Mann kennen lernte, suchte sie die Beziehungen zu ihrem bisherigen Liebhaber zu lösen. Dabei ließ sie aber auf dessen beständigen Widerstand. Er machte ihr große Eifersuchtszweifel und drohte sie zu erschlagen. Als Frau H. eines Morgens zu ihrer Arbeitsstätte ging, trat ihr der Angeklagte plötzlich aus einem Versteck mit dem Revolver in der Hand entgegen und feuerte sofort einen Schuss ab, der Frau H. aber glücklicherweise nur am Hinterkopf streifte. Das Schwurgericht hatte Gehele im vorigen Jahr wegen versuchten Totschlages unter Zubilligung mildernder Umstände zu einem Jahr Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt. An dieses Urteil schloß sich noch ein Disziplinarverfahren gegen Gehele. Auf Grund eines Gutachtens von Medizinalrat Dr. Störmer wurde die Wiederaufnahme des Strafverfahrens durchgesetzt. Auch in der neuen Verhandlung begünstigte Medizinalrat Dr. Störmer, daß der Angeklagte, der aus einer Säuerfamilie stammt und erblich belastet ist, bei Begehung der Tat, nachdem er am Tage vorher und die Nacht hindurch große Mengen Alkohol zu sich genommen hatte, für die Tat nicht verantwortlich gemacht werden könne. Das Gericht kam auch tatsächlich zu einer Freisprechung des Angeklagten.

Einen tragischeren Ausgang hatte der zweite Fall, der dem das Schwurgericht beschäftigte, da hier ein Menschenleben das Opfer des Alkohols und der Eifersucht geworden war. Der Magistratsbeamte Gellesatz hatte am 3. Oktober v. J. seine Ehefrau getötet. Er wurde vom Schwurgericht bereits im vorigen Jahre zu sechs Jahren Gefängnis wegen Körperverletzung mit darauffolgendem Tode verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte die Verteidigung beim Reichsgericht Revision eingelegt. Das Urteil war wegen formaler Verstöße an das Schwurgericht zurückgewiesen worden, so daß sich das Gericht noch einmal mit der Straffache zu beschäftigen hatte. Gellesatz lebte zunächst mit seiner Frau recht glücklich, war aber von einer rasenden Eifersucht erfüllt und witterte überall einen Nebenbuhler. Dieser Zustand verschlimmerte sich, als sein eigener Bester, ein gewisser H., auf der Bildstube erschien. Auch an dem Tage der Mordtat hatte der Angeklagte, nachdem er mit seinem Schwiegervater und seiner Ehefrau eine ausgiebige Bierzeile gemacht hatte, auf dem Heimwege wegen seines Bitters eine heftige Auseinandersetzung mit seiner Frau, die sich auch noch in der Wohnung fortsetzte. Was dann geschah, ist, ließ sich mangels Augenzeugen nicht genügend aufklären. Jedenfalls hat Gellesatz ein Beil, das zufällig auf dem Tisch lag und das man am Tage zum Einhängern von Nägeln benutzt hatte, im Laufe des Streites, als seine Frau, wie er angab, gedroht hatte, ihn zu verlassen, ergriffen und ihr den Schädel zertrümmert. Gellesatz wollte sich der Vorgänge selbst nicht mehr erinnern. Auch in der neuen Verhandlung schloß er seine unglücklichen Eheverhältnisse. Das Schwurgericht hielt den Angeklagten wiederum nicht des Totschlages schuldig, sondern verurteilte ihn wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode, mit Rücksicht darauf, daß seine Tat eine außerordentlich schwere sei, da sie ein Menschenleben zum Opfer hatte, zu einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren.

## Teure Waffenscheine.

Gibt es noch etwas, was nicht teurer geworden wäre? Auch die persönliche Sicherheit und der Schutz des Lebens wird bald ein Luxus sein, den sich kein Minderbemittelter mehr leisten kann. Für einen Waffenschein werden jetzt 20 Mark Gebühren verlangt! Unter normalen Umständen müßten die Sicherheitsverhältnisse so vollkommen sein, daß kein Mensch nötig hätte eine Waffe bei sich zu tragen. Das kann man von der Polizei nicht erwarten und verlangen, daß sie dieses Wohl verwirklicht. Aber dann sollte sie es für richtig halten, die Ausfertigung von Waffenscheinen nicht zu verteuern, sondern zu verbilligen. Den Schützen haben von solcher Höhe der Gebühren nur die friedliebenden Vereine lediglich deshalb sich eine Waffe anschaffen, weil sie sich in der Lage befinden möchten. Einbrecher, Rohlinge, Stahlschmied, die ähnlich angenehme Mitmenschen brauchen über die 20 Mark nicht zu klagen. Wenn sie sollen sich nicht erst Waffenscheine ausfertigen. In diesen Kreisen wird wegen der 20 Mark die Zahl ihrer Waffen sich nicht um eine einzige vermindern, aber die von ihnen Bedrohten müssen darunter leiden, wenigstens soweit sie nicht mit Glücksgütern gesegnet sind. Einer, der in einer wenig bebauten Straße wohnt und schon dreimal von Einbrechern heimgesucht worden ist, fragte beim Polizeipräsidenten an, wozum der Waffenschein so teuer ist. Die Antwort war ein nichtssagender Hinweis auf die Bestimmungen, aber sie mußte von dem Empfänger — noch mit 1,30 Mark (einschl. Nachnahmegebühr) bezahlt werden.

## Schwere Bestrafung eines Heiratschwindlers.

Als ein gefährlicher Heiratschwindler entpuppte sich der frühere Kriminalkommissar Hügel, der sich vor dem Schwurgericht Bedding zu verantworten hatte. Der Angeklagte trat in eleganter Kleidung mit weitmännischen Mägen aus und verstand es, sowohl junge Mädchen, als auch alte Frauen aus dem Mittelstande an sich zu locken, indem er ihnen die Ehe versprochen. Es gelang ihm jedoch, seinen „Bräutern“ ihre Ersparnisse und Schmuckstücke abzunehmen, die er teilweise stahl, teilweise sich unter irgendwelchem Vorwand geben ließ. Er war immer gleichzeitig mit mehreren Mädchen verlobt. In einem Falle war er als ein Landgerichtsrat Dr. Krämer aufgetreten und hatte seine Braut in ein Offiziersboot begleitet, wo er hinter ihrem Rücken mit einer Frau eines Arztes verkehrte, der er ebenfalls mehrere tausend Mark abnahm. Vor Gericht kam es zu dramatischen Szenen, da die zahlreichen Zeugen auf den Angeklagten eindringen wollten. Die Justizwohlfahrter mußten mit vieler Mühe den Angeklagten vor den Rügeln seiner Bräute schützen. Das Gericht sah in dem Verhalten des Angeklagten eine ganz gemeine Christlosigkeit gegenüber den Frauen und Mädchen, denen er die Ehe versprochen hatte und erkannte gegen ihn, obwohl er bisher unbestraft war, auf eine Gefängnisstrafe von 3½ Jahren und 5 Jahren Ehrverlust.

## Zu dem Fall Krüger.

Die Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei im Fall Krüger sind jetzt abgeschlossen. Frau Krüger hat in der letzten Zeit, als das Bekundungsmaterial sich so anhäufte, daß Durchschnittsverbrecher zusammengebrochen wären, ihre Taktik geändert. Als sie nicht mehr für alles eine harmlose Erklärung finden konnte, wurde sie freigesprochen. Eine eigentümliche Einsicht in das Familienleben dieser Frau zeigt folgendes: Frau Krüger „schwört“ auf Wahrlager und Wahrlagerinnen. Sie hat diese überall, wo sie sie finden konnte, aufgesucht. So hat sie die Frau Wobensin in Raumburg gequält, ihren derzeitigen Mann zu beipfeifen, daß er möglichst schnell sterbe. Eine Karriereliege, die jetzt ermittelt wurde, hat Frau Krüger

am Tage vor dem Tode Dedekes gesagt: „Sie gehen mit dem Gedanken um, ihren Mann zu töten“. Möglich ist es, daß die innere Unruhe über ihre Verbrechen sie immer wieder zu diesen Leuten getrieben hat. Frau Krüger wurde der Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. d. O. vorgeführt.

## Neue Entlassungen von Bureauangestellten.

Wir erhalten Kenntnis von einer Verfügung des Magistrats, die dieser Tage an die Bezirksämter erging und von Stadtrat Wege unterzeichnet ist. Danach wird beabsichtigt, die im reinen Bureaudienst tätigen Angestellten der Arbeitsnachweise und besonders der Erwerbslosenfürsorge durch Parteigeldempfänger zu ersetzen. Die Arbeitsvermittler sowie diejenigen Angestellten, die sachtechnisch mit dem Vermittlungsgeschäft einschließlich Berufsberatung vertraut sind, sollen nicht ersetzt werden. Uns will scheinen, daß man an gewissen Stellen der zentralen Verwaltung es sieht, sich im Kreise herumzudrehen. Erst wurden gemäß Abbaumerordnung die Beamten aus Gründen der Ersparnis abgebaut und dann sollen dieselben Beamten unter Brotlosmachung — anderer Angestellter wieder verwendet werden. Verfolgt der Magistrat den Zweck, die abgebauten Beamten zu wesentlichen herabgesetzten Löhnen weiter zu beschäftigen? Wir zweifeln nicht daran, daß die Arbeitsämter dem Annehmen des Magistrats, die eingearbeiteten Kräfte durch abgebauten Beamte zu ersetzen, einschiedenen Widerstand begegnen werden. Der Magistrat hat überhaupt kein Recht, die Arbeitsämter zu einem solchen Personalwechsel zu zwingen. Bis auf weiteres nehmen wir an, daß der Gesamtmagistrat von diesem Treiben des Tarifvertragsamts der Stadt Berlin keine Kenntnis hat. Immerhin wäre es an der Zeit, daß eine solche Personalpolitik des Tarifvertragsamts an beruflicher Stelle einer geeigneten Kritik unterzogen würde.

## Beratungsstelle für Schwangere.

Als Ergebnis der Währungsstabilisierung tritt in die Erscheinung, daß die Krankenkassen die im Jahre 1914 begonnene, aber durch den Krieg und die nachfolgende Inflationszeit unterbrochene Fürsorgepflicht wieder aufnehmen. Wie aus dem Anzeigenteil zu ersehen ist, hat die Allgemeine Ortskrankenkasse Schöneberg-Friedenau in ihrem Hause Grunewaldstraße 30 in Schöneberg eine Beratungsstelle für schwangere Mitglieder und Familienangehörige eröffnet. Die Beratungsstelle befindet sich in den Räumen des Ambulatoriums und kann jeden Dienstag und Freitag nachmittags von 2 bis 3 Uhr besucht werden. Diese Beratungsstelle steht nicht nur den Mitgliedern und ihren Familienangehörigen, welche bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Schöneberg-Friedenau versichert sind, offen, sondern alle Mitglieder von Krankenkassen, die den Kassenverbänden Berlins angehören, können dort Rat und Auskunft erhalten. Außer in Schöneberg befinden sich noch Beratungsstellen bei den Krankenkassenambulatorien Berlin C. 2, Klosterstraße 65/67 (Sprechstunden jeden Montag nachmittags von 2 bis 3 Uhr), und Berlin D. 17, Große Frankfurter Straße 137 (Sprechstunden jeden Donnerstag nachmittags von 2 bis 3 Uhr). Die Beratungsstellen in Berlin können auch von den Mitgliedern der Allgemeinen Ortskrankenkasse Schöneberg-Friedenau besucht werden, welche dort in der Nähe wohnen. Die Errichtung weiterer Beratungsstellen ist in Vorbereitung.

## Die Farben zeigen!

Man schreibt uns: Wie notwendig es ist, endlich die schwarzgoldenen Farben öffentlich zu zeigen, beweisen immer wieder leichtere oder schwerere Fälle, denen man täglich begegnen kann. Als ich z. B. in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm zur Mascagni-Prämie war, wurde diesem nach dem 2. Akt zur Ehrung ein Blumenkorb überreicht, der mit den italienischen Farben einer großen schwarzgoldenen Schleife geziert war. Darauf sagte eine Dame neben mir: „Nanu, Schwarz-Rot-Gold?“ In dem Ton, wie dieser Satz gesprochen wurde, lag etwas derart Ungläubiges, daß ich der Dame erst erklären mußte, daß die schwarzgoldenen Farben unsere deutschen Farben sind. Auf diese Erklärung fand sie jedoch nur die lateinische Antwort: „Na, ja, man sieht doch sonst aber nur Schwarzweißrot.“ — Doch hat jene Dame gar nicht so ganz unrecht. Es ist doch tatsächlich, nach dem Bericht einer Mittagszeitung, beim internationalen Motordrennen am letzten Sonntag auf der Avus vorgenommen, daß bei der Ankunft des italienischen Slegers die italienische Flagge gehißt wurde und die italienische Nationalhymne gespielt wurde, wogegen ja auch nicht das Geringste einzuwenden ist. Als jedoch als 2. Fahrer ein Deutscher ankam, wurde die schwarzweißrote Fahne hochgezogen und dazu „Deutschland, Deutschland über alles“ gespielt. — Wenn man sich so etwas sogar im eigenem Lande gestattet, dürfte das Ansehen des Deutschen Reiches im Auslande nicht gerade steigen.

Die Millionen-schleichen im Oberzollamt Neudän. In dem Bericht über die Unregelmäßigkeiten im Oberzollamt Neudän ist irrtilmüßigerweise vom Oberfinanzamt Neudän gesprochen worden. Auf besonderen Wunsch des Oberfinanzamts stellen wir hiermit ausdrücklich fest, daß diese Behörde mit den Vorkommissen nicht in Verbindung steht.

Die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat Berliner Pressevertreter zur Vorführung eines englischen Films in die „Aranta“ gebeten, der sich mit dem Problem der Aufklärung beschäftigt. Er erwies sich als abler Tendenzfilm, weit zurückstehend hinter einem daneben geeigneten deutschen Film, der auf wissenschaftlicher Grundlage beruht. Danach wurden praktische Fragen erörtert, die das zum Teil noch unerklärliche Gebiet der Geschlechtskrankheiten umfassen und ihre gemeinsame Bekämpfung bezwecken.

Praktische Altershilfe. Die Vermietung preiswerter, gut eingerichteter möblierter Zimmer bei früher wohlhabenden alten Leuten weist ständig unentgeltlich nach: die Kleinrentnerfürsorge des Bezirksamtes Prenzlauer Berg, Danziger Str. 64, Hof 1 Tr., Zimmer 119, Sprechstunden werktäglich von 9 bis 1 Uhr.

## Das Rundfunkprogramm.

Sonabend, den 27. September.

Tagesschau, 10 Uhr vorm.: Bericht über die Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. 10.15 Uhr vorm.: Erste Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. 11.35 Uhr vorm.: Funkbörse (Die Notierungen der Berliner und Hamburger Produktenvorbörse). 12.15 Uhr nachm.: Kurzer Tendenzbericht der Berliner Vorbörse (nur Montag bis Freitag). 12.35 Uhr nachm.: Ueberrmittlung des Zeitzeichens. 1.05 Uhr nachm.: Zweite Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Wetterdienst. 2.15 Uhr nachm.: Kurzer Tendenzbericht der Berliner Börse (nur Montag bis Freitag). 3 Uhr nachm.: Funkbörse (Die amtlichen Notierungen der Berliner und Hamburger Produkte- und Viehbörse; amtliche Devisen). 4 Uhr nachm.: Funkbörse (Getreide etc. Hamburg; Berliner Kolonialwaren-Großhandelspreise). 4.30—6.30 Uhr nachm.: Unterhaltungsmusik (Berl. Funkkapelle). 1. Norwegischer Brautzug, Grieg. 2. Ouvertüre zu der Oper „Lestoe“, Auber. 3. Hofballtänze, Walzer, Lanner. 4. Mazurka, Deorák. 5. Fantasie aus der Oper „Eugen Onegin“, Tschairowsky. 6. Liebestanz nach dem Ballet, Czibulka. 7. Fantasie aus dem Ballet „Coppelia“, Delibes. 8. Die Husaren kommen, Eilenberg. Während der Pausen: „Ratschläge fürs Haus“, 7.45 Uhr abends: Vortragsreihe „Südamerika“, II. Vortrag: Herr Dr. phil. Hugo Posthok, Buenos-Aires. „Argentinien, Land und Leute“, 8.30—10 Uhr abends: Erstes Gastspiel des Kabarett „Zum springenden Funkepunkt“, Mitwirkende: Mizzi Dressel, Hilda Falk, Lilly Flohr, Robert Koppel, Wolfgang Zäuer; Conference: Kurt Robitschok, Regie des Abends: Dr. Karl Wilevski. Am Steinway-Flügel: Kapellmeister Otto Urack. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theatervorstellung. 10.30—11.30 Uhr abends: Tanzmusik.

## Glanzleistung des J. R. 3.

3700 Kilometer in 32 Stunden.

J. R. 3 hat die von der gesamten technischen Welt mit großer Spannung erwartete Probefahrt, den Ausstich für die Ozeanüberquerung, hinter sich, und dieser Flug bedeutet einen vollen Erfolg. Das Schiff hat alle Erwartungen voll und ganz erfüllt. Es hat in 32½ Stunden eine Strecke von etwa 3700 bis 3800 Kilometern zurückgelegt, ohne daß ein Versagen der komplizierten Maschinerie vorgekommen wäre. Vor allem haben die Schmersensfinder der Werftleistung, die Motoren, von deren Rolleleistung ja letzten Endes alles abhängt, durchgehalten. Die je 400 Pferdestärken entwickelnden Maschinen hatten, wie dies bei Rekonstruktionen selbstverständlich ist, ihre Kinderkrankheiten durchzumachen, und man mußte sich nach den ersten Probeflügen dazu entschließen, die Gleitlager, die den ungeheuren Druck von 12 Koldenstangen auf die Kurbelwellen nicht auszuhalten vermochten, gegen Rollenlager auszutauschen. Diese Verbesserung hat sich bewährt, denn aus den glänzenden Durchführungen der Fahrt, aus den mitunter märchenhaften Geschwindigkeiten, die J. R. 126 entwickelte, vermag auch der Sale zu schließen, daß die Motoren bis zum Augenblick der Landung ihre volle Schuldigkeit getan haben. Aber auch sonst hat das Luftschiff den außerordentlich hochgepannten Anforderungen vollauf genügt. Mit 73 Personen an Bord, mit vollen Wasser- und Benzinlängern hat es die gewaltigen Temperaturunterschiede — die mittlere Tagestemperatur am Donnerstag betrug 14 Grad, während auf der Nachtfahrt 0 Grad herrschten — glatt überstanden. Obwohl man über der See Gas ablassen mußte, weil die von den Motoren aufgebrauchten Benzinmengen das Schiff „zu leicht machten“, war auf dem zweiten Teil der Fahrt kein Nachlassen der Tätigkeit zu bemerken. Man kann wohl sagen, daß nach dieser Probe in technischer Beziehung keine Bedenken hinsichtlich der Ozeanüberquerung mehr bestehen.

## In Friedrichshafen glatt gelandet.

Friedrichshafen, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Nach 32½stündiger Fahrt ist J. R. 3 um 5 Uhr 20 Minuten in Sicht der Luftschiffwerft gekommen und schwebte um 5 Uhr 25 Minuten, von den jubelnden Zurufen der gesamten Belegschaft und der Friedrichshafener Bürger empfangen, über seinem Heimathafen. Wie schon gemeldet, hat sich das Wetter am Bodensee in der Nachmittagsstunden leider sehr verschlechtert. Es wehte gegen 5½ Uhr ein so starker Nordnordostwind, daß die Verleistung sich veranlaßt sah, Reichswehrtruppen und Mannschaften der Landespolizei zur Verstärkung des Landungscommandos herbeizuziehen. Man hat alle Vorbereitungen getroffen, um mit möglicher Beschleunigung J. R. 3 in die Halle hineinzubringen. Ein riesiger Raupenschlepper, der eine Spezialkonstruktion besitzt, mit deren Hilfe es möglich ist, die Führergondel unverrückbar fest auf den Schlepper zu schrauben, steht bereit, den Luftriesen in die Halle zu schleppen, um so zu vermeiden, daß der Riesenkörper etwa von einer Böe gepackt und etwa gegen die Halle gedrückt wird. Um 5 Uhr 30 Minuten kreuzte das Luftschiff noch immer über der Stadt Friedrichshafen und den Bodensee, hatte jedoch den gelben Landungswimpel noch nicht gezogen. Offenbar versuchte der Kommandant einen günstigen Augenblick zur Landung abzuwarten. — Nach etwa einstuündiger Kreuzfahrt über Friedrichshafen und den Bodensee schritt der Kommandant der J. R. 3, Dr. Eckener, zur Landung die um 6 Uhr 30 Minuten abends glatt erfolgte. Das Luftschiff konnte nach halbstündiger schwerer Arbeit, die aber trotz alledem ohne Zwischenfall durchgeführt werden konnte, kurz vor 7 Uhr in die Halle gebracht werden. Ueber die Landung selbst teilte der Navigationsoffizier, Kapitänleutnant v. Schiller, folgendes mit: „Als wir nach Friedrichshafen kamen, sah das Wetter recht böse aus. Der Wind, der schon während des letzten Teils der Fahrt durch Schwaben aufgefrischt war, verstreifte sich, und über Friedrichshafen pfliffen schwere Regentböen. Wir gingen erst über den Böh, um uns zu orientieren, mußten aber doch eine Stunde lang über dem See und der weiteren Umgebung kreuzen, bis endlich der Wind etwas nachließ. Wir paßten glücklich eine Windpause ab und kamen glücklich auf den Boden. Unten war alles tadellos vorbereitet, und wir fielen den Haltemannschaften „sanft in die Hände“. Im Geschwindigkeitsschritt ging es zur Halle, wo das Schiff in die Laufbahnen eingehängt wurde. Das schwierigste Stück Arbeit war das Einbringen, aber wir kamen ohne jeden Unfall in die Halle hinein, und wenige Minuten später war das brave Schiff an derselben Stelle verankert, die es vor 34 Stunden verlassen hatte. Der Flug hat uns alle höchst zufrieden gestellt, und wir sind fester als je vom Gelingen unseres Vorhabens überzeugt. Die große Probefahrt war im ganzen herrlich. Besondere Freude aber empfanden wir, als wir Berlin überflogen, als wir von oben sahen, mit welchem Enthusiasmus die Bevölkerung der Reichshauptstadt uns begrüßte. Es waren das Augenblicke, die wir alle nicht vergessen werden.“ J. R. 3 wird in den nächsten Tagen die wohlverdiente Ruhepause erhalten. Das ganze Schiff soll eingehend nachgesehen werden, obwohl, wie nochmals betont werden muß, die Motoren und auch sonst die Maschinerie sich in tadelloser Ordnung befinden. Von der Weiterreise allein wird es abhängen, wann der Luftkreuzer zu seinem Ozeanflug aufsteigen wird.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: Die gestern veröffentlichte Notiz, wonach eine von dem Luftschiff J. R. 3 abgeworfene Postkarte am Opernplatz von einem Beamten der Schuppolizei beschlagnahmt sein sollte, trifft nicht zu. Richtig ist, daß sich auf das abgeworfene Paket eine riesige Menschenmenge stürzte und auf diese Weise das Paket der Vernichtung anheim zu fallen drohte. Der Beamte sah sich daher veranlaßt, das Paket im Interesse der eigentlichen Finder — es handelt sich um zwei Personen — für diese in Sicherheit zu bringen. Er hat dann auch weiter auf Wunsch den Inhalt der Postkarte vorgelesen und das Paket alsdann den Findern ausgehändigt. Die angefallene Menschenmenge wurde mühselos zerstreut.

Der Massenmörder Haarmann ist nach Abschluß der Beobachtung seines Geisteszustandes in Göttingen wieder nach Hannover übergeführt und im Gerichtsgefängnis untergebracht worden. In der nächsten, am 6. Oktober beginnenden Schwurgerichtsperiode wird noch nicht gegen ihn verhandelt werden, sondern wahrscheinlich erst im November.

Fünfhundert Fahrten Swinemünde-Bilau. Dem Dampfer Obin, der zum 500. Male auf der Fahrt Swinemünde-Danzig-Bilau begriffen ist, hat der Reichsverkehrsminister folgenden Rundfunk gesandt: „Kapitän Glabier, Dampfer Obin. Dem wackeren Schiff, das zum 500. Male das blaue Band zum Dienstamt des Ostens schlingt, seiner Leistung und Befähigung Glückwunsch und Dank. Reichsverkehrsminister Defer.“

Städte Schnellbahn Köln-Dortmund. Runnmeß sind, wie die „Kölnische Volkszeitung“ aus autorisierter Quelle erfährt, die Vorarbeiten für den Bau der Städte Schnellbahn zwischen Köln und Dortmund wieder aufgenommen worden. Sie sollen in so beschleunigter Weise fortgesetzt werden, daß in nicht ferner Frist der Bau begonnen werden kann. Bei der Linienführung finden sowohl Schienen zu ebener Erde als auch das System der Untergrund- und Hochbahn Anwendung.

Die Unwetterschäden in Italien. Infolge des schweren Orkans im Puganal sind schwere Schäden entstanden. Hundert Personen kamen ums Leben. Der italienische Arbeitsminister hat sich sofort an Ort und Stelle begeben.

# Wirtschaft

## Das neue Statut der Rentenbank.

Von gut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, geschrieben: Auf der Tagesordnung der Aufsichtsratsitzung der Deutschen Rentenbank vom 25. September stand die Frage der Beschlußfassung über die neue Satzung der Deutschen Rentenbank zur Diskussion.

Auf Grund des Gesetzes vom 30. August über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankfaktoren muß, wie erinnerlich, die bisherige Satzung der Deutschen Rentenbank eine neue Fassung erfahren. Vorweg sei bemerkt, daß die neue Satzung von den zahlreich versammelten Vertretern der Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe einschließlich der Banken einstimmig Annahme gefunden hat.

Bei Besprechung der einzelnen Satzungsparagraphen wurde noch einmal auf den wichtigen Paragraphen 9 des Gesetzes über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankfaktoren hingewiesen. Wäre diese Bestimmung des Paragraphen 9, der die Aussonderungsmöglichkeit von 25 Millionen für die Zwecke einer landwirtschaftlichen Kreditanstalt vorsieht, nicht vorhanden, so würde dieser Betrag nur zur verstärkten Tilgung von Rentenmarkt mit verwendet werden müssen.

(Ueber die Schaffung des neuen landwirtschaftlichen Kreditinstituts wird demnächst im Reichstag Beschluß zu fassen sein.)

Eine wesentliche Aenderung der Organisation der Deutschen Rentenbank hat man nicht für opportun gehalten.

Nach der neuen Satzung wird die zukünftige Generalversammlung die Vertreter der Anteilseigner der Deutschen Rentenbank sein. Sie besteht aus 110 Mitgliedern, die durch den Deutschen Landwirtschaftsrat (30 Mitglieder), den Reichslandbund, die Vereinigung der deutschen Bauernvereine, den Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Generalverband der deutschen Raiffeisenvereine (alle diese je 20 Mitglieder) als Treuhänder der Anteilseigner bestellt werden.

Fallen in Zukunft Organisationen fort, ja hat der Landwirtschaftsrat den Erfolg zu bestimmen. Das gleiche soll gelten, wenn erhebliche Kräfteverschiebungen innerhalb der Organisationen stattfinden.

Aus der Generalversammlung tritt der Aufsichtsrat. Er besteht aus 33 Mitgliedern. Er wird von der Generalversammlung gewählt. Die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder ist entsprechend dem Zahlenverhältnis vorzunehmen, nach dem die Gruppen in der Generalversammlung vertretungsberechtigt sind.

Der Verwaltungsrat wird in Zukunft aus dem Vorsitzenden und 11 Mitgliedern bestehen. Die 11 Mitglieder des Verwaltungsrats werden von dem Aufsichtsrat aus seiner Mitte gewählt. Der Vorstand der Deutschen Rentenbank wird vom Verwaltungsrat bestellt.

Die Verteilung einer Dividende kommt nicht mehr in Frage.

Am Schluß der Debatte wurde bekannt, daß das Reichsfinanzministerium auch der Industrie, Gewerbe und Handel die Hälfte der Rentenbankzinsen vorläufig künden will.

In Stelle des verstorbenen Dr. Koeslde wurde Geheimrat Justizrat Dietrich zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Rentenbank gewählt.

## Vom Kapitel Preisabbau.

Von einem Leser wird uns geschrieben: Neulich benötigte ich eine bestimmte Büromaschine. Ich fragte erst in einem Schreibmaschinengeschäft in der Friedrichstraße danach; hier wurde mir als Preis 60 M. für den Apparat genannt. Hierauf ging ich in ein großes Spezialgeschäft der Büroartikelbranche, wo ich für den gleichen Apparat 54 M. zahlen sollte. Da noch befürchte ich die Berliner Fabrikverteilung und hörte, daß der Wiederverkaufspreis für den Apparat auf 52 M. festgesetzt sei. Rein leibter Gang galt einem anderen Spezialgeschäft; hier war der Preis 48 M.

Während meines Besuches in der Fabrikniederlage fiel mein Blick auf einen Zeitungsartikel, der zur Beachtung für die dort verkehrenden Händler in besonderer Aufmachung an der Wand hing.

Ein Hamburger Fachblatt wandte sich in dem Artikel gegen die „Verschleuderung“ von Farbbindern. Es wurde ausgerechnet, daß der Wiederverkäufer 90 Pfg. für ein Farbband zahlen müsse, dazu kämen 50 Proz. für Handlungskosten, außerdem andere Zuschläge und der Reinverdienst, so daß das Farbband unter 1,90 M. nicht abgegeben werden dürfe. Leider aber „verschleuderten“ die Warenhäuser und einzelne Händler diesen Artikel; sie arbeiten nämlich nicht mit 100 und noch mehr Prozenten, sondern begnügen sich mit einem bescheidenen Nutzen. Der Artikel klang in die Wohnung an die Händler aus, ihre Waren „nicht zu billig“ zu verkaufen.

Nach ein dritter Fall, der mit aus der Presse bekannt geworden ist und auch hierher gehört. Eine Berliner Fahrradfabrik war mit den durch ihre Wiederverkäufer erzielten Umsätzen unzufrieden; sie sah die Ursache darin, daß die Händler für sich einen viel zu hohen Nutzen berechneten und nicht verstanden, sich der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung anzupassen. Um ihren Absatz zu heben, verfaßt die Fabrik ihre Fahrräder nunmehr direkt an Privats, unter Herabsetzung der bisher im Einzelhandel üblichen Preise. Sie versichert, daß sie keine Schleuderpreise ansetze, sondern daß ihr im Gegenteil noch ein ansehnlicher Verdienst bleibe. Der Gau Brandenburg des Reichsverbandes deutscher Mechaniker hat sich daraufhin an die Verbände der Fabrikanten für Fahrradteile, Gummireifen und Freilaufnaben gewandt und von ihnen die Zusicherung erhalten, daß die Berliner Fabrik von ihnen nicht mehr beliefert werden solle. Das Unternehmen, bei dem sich diese Verkaufssperre auswirken beginnt, hat an das Kartellgericht appelliert, um von diesem ein Einschreiten gegen die bankrottierenden Händler zu erreichen.

An diesen Beispielen, die sich aus den Erfahrungen des täglichen Lebens noch vielfach vermehren lassen, ist zu ersehen, daß es mit dem Preisabbau und mit der Preisnormalisierung noch gute Wege hat. Es geht diesen Leuten doch nichts über die schönen Inflationsgewohnheiten, wenn auch die Arbeiterschaft dann wegen der hohen Preise und des Abfahrmangels unter den Schritten kommt.

## Reisenbekämpfung in den Vereinigten Staaten.

Die Vereinigten Staaten, wo bekanntlich keine öffentliche Arbeitslosenfürsorge vorhanden ist, waren es, die in den letzten Jahren bemühte Schritte zur Regelung der Geschäftskonjunktur und Ausgleichung der regen und flauen Wirtschaftsperioden unternommen haben. Auf diese Art soll der Arbeitslosigkeit vorgebeugt werden. In den vom Internationalen

## Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose	18,50—24,50	Kakao, fettarm	75,00—96,00
Gerstengrütze, lose	17,50—18,00	Kakao, leicht entölt	100,00—120,00
Haferflocken, lose	20,00—21,50	Tee, Souchoon, gepackt	320,00—400,00
Hafergrütze, lose	20,50—21,50	Tee, indischer, gepackt	400,00—470,00
Rougemehl 0/1	17,75—19,25	Inlandszucker basis mel	39,00—41,00
Weizengrieß	22,00—23,50	Inlandszucker Raffinade	41,50—43,00
Hafermehl	25,00—26,75	Zucker Würfel	44,00—47,50
70% Weizenmehl	15,50—21,00	Kunstbrot	39,00—42,00
Weizen-Auszugmehl	21,00—26,50	Zuckersirup hell in Elm	40,00—45,00
Speiseerbsen, Viktoria	15,00—23,75	Speisesirup dunk in Elm	27,00—31,00
Sojabohnen, kleine	16,00—18,50	Marmelade Einfr. Erb.	90,00—95,00
Bohnen, weiße, Ieri	22,00—24,75	Marmelade Vierfrucht	40,00—
Langbohnen, handverles.	28,00—31,75	Pflaumenmus in Elmen	43,00—
Linsen, kleine	18,50—29,50	Steinsalz, in Säcken	3,70—4,20
Linsen, mittel	31,00—37,50	Siedesalz in Säcken	3,70—4,20
Linsen, große	37,50—39,50	Bratenschmalz in Tierces	83,50—84,50
Kartoffelmehl	18,75—19,75	Bratenschmalz in Kübeln	84,50—86,50
Makkaroni	43,00—	Pureelard in Tierces	81,30—82,50
Makkaronimehl	38,00—	Pureelard in Kisten	82,50—83,50
Schnittmehl, lose	22,00—26,00	Speisestärke in Packung	65,50—66,00
Bruchreis	18,00—19,00	Speisestärke in Kübeln	—
Rangoon Reis	15,50—17,00	Margarine, Handelsm. I	66,00—
Tafelreis, gläsern, Patata	23,25—23,50	desgl. II	60,00—63,00
Tafelreis, Java	31,25—37,50	Margarine, Spezialm. I	80,00—84,00
Ringpellet amerik.	40,00—90,00	desgl. II	69,00—71,00
Getr. Pflanzenöl 40/100	40,00—43,00	Molkereibutter la i. Fass	221,00—225,00
Pflaumen, entsteint	54,00—58,00	Molkereibutter la i. Pack.	231,00—
Cal. Pflaumen 40/50	60,00—65,00	Molkereibutter la i. Fass	204,00—206,00
Rosinen in Kisten, Candia	65,00—70,00	Molkereibutter la i. Pack.	—
Sultaninen Caraburnu	80,00—90,00	Auslandbutter in Pässern	235,00—236,00
Korinthen, choice	70,00—75,00	Corried beef 12 1/2 lbs p. K.	34,75—37,00
Mandel, süße Bari	130,00—135,00	Aust. Speck, geräuchert	100,00—101,00
Mandel, bittere Bari	175,00—180,00	Quadratklase	40,00—35,00
Zimt (Cassia)	106,00—115,00	Tilsiter Käse, vollfett	112,00—115,00
Kümmel, holländischer	58,00—65,00	Bayr. Emmenthaler	160,00—170,00
Schwarzer Pfeffer Singap.	105,00—115,00	Echter Emmenthaler	170,00—190,00
Weißer Pfeffer	150,00—155,00	Aust. ungezuck. Condens-	—
Rohkaffee Brasil	195,00—220,00	milch 48/16	29,50—33,25
Rohkaffee Zentralamerika	200,00—225,00	Inländische desgl. 45/12	16,50—17,50
Röstkaffee Brasil	290,00—300,00	Inl. gez. Condensm. 45/14	26,00—27,50
Röstkaffee Zentralam.	300,00—375,00		
Röstgetreide, lose	18,50—21,00		

beisamt herausgegebenen „Informations Sociales“ (Band XI, Nummer 10) sind diese Maßnahmen und ihre Wirkungen ausführlich behandelt. Das Zentralbankinstitut (Federal Reserve Board) hat nach der großen Krise von 1921 zur Zeit der Wiederbelebung der Konjunktur Kreditbeschränkungen durch Erhöhung des Zinsfußes und auch durch andere Mittel vorgenommen, um eine Hochkonjunktur ähnlich der Jahre 1919/20 zu verhindern. Bekanntlich ist dies nur so weit gelungen, als sich die Hochkonjunktur nicht bereits 1922, sondern erst Ende 1923 einstellte. Im laufenden Jahre ist die Hochkonjunktur abgeklaut, Krisenerscheinungen, wie Produktionsbeschränkungen und Arbeitslosigkeit, traten auf, woraufhin das Zentralinstitut zur Erweiterung der Kredite schritt. In der Tat erfolgte in den Sommermonaten bereits eine Belebung der Wirtschaft. Welchen Teil diese Kreditpolitik an der Wiederbelebung hatte, läßt sich nicht ermitteln.

Größere Wichtigkeit dürfte aber wohl der Vergabung von öffentlichen Arbeiten beizumessen sein. Entsprechend den Empfehlungen der Washingtoner Konferenz und einschlägiger amerikanischer Verbände, hat eine Anzahl von Weststaaten, wie Kalifornien, Wisconsin und jüngst Massachusetts, Gesetze für die Erweiterung der Vergabung der öffentlichen Arbeiten erlassen. Die Arbeitspläne müssen im voraus fertiggestellt, die hierfür bestimmten Summen für eine längere Periode, mindestens für fünf Jahre, bereitgehalten werden. Während dieser Periode erfolgt die Vergabung der Arbeiten jedes Jahr nach Maßgabe der privaten Konjunktur. In Krisenzeiten sollen die Arbeiten vorgenommen, in Zeiten der Konjunktur aber zurückgestellt werden. Diese Produktionspolitik befindet sich zwar noch im Anfangsstadium, demnach ist sie aus der Theorie in die Praxis übergegangen. Die hier geschilderten Maßnahmen sind nichts anderes, als was wir unter „produktiver Erwerbslosenfürsorge“ verstehen. Das Hauptgewicht liegt auf der rechtzeitigen Vorbereitung der Pläne und Bereitstellung der nötigen Kredite, damit die Arbeiten beim Abflauen der Konjunktur sofort in Angriff genommen werden können.

## Anzeichen einer Konjunkturbesserung.

Die Märkte der Bedarfswaren liegen noch außerordentlich still. Die Messen von Leipzig, Köln und Frankfurt haben deutlich gezeigt, daß zwischen der Kaufkraft der breiten Massen und der Höhe der gegenwärtigen Preise immer noch eine Spannung besteht, die ein lebhaftes Geschäft nicht auskommen läßt. Auf der anderen Seite läßt jedoch die Tatsache, daß eine Reihe von Industrien nach Berichten einzelner Gesellschaften und nach Mitteilungen von Syndikaten deutliche Anzeichen einer besseren Konjunktur aufweisen, eine Beobachtung, die bestätigt wird durch die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Dieser hat bekanntlich nach fortgesetzter Zunahme der Arbeitslosigkeit eine gewisse Beruhigung erfahren. Städte wie Berlin und Sachsen, die bei dem ausgesprochen industriellen Charakter ihrer Wirtschaft immerhin symptomatisch für die Gesamtlage der deutschen Industrie sind, verzeichnen nicht nur einen Stillstand der Arbeitslosigkeit, sondern teilweise sogar eine beachtliche Besserung der Nachfrage nach Arbeitskräften. Das ist kein Wunder. Denn der Warenbedarf der breiten Massen ist so ungeheuer groß, daß im Nothfalle selbst die höchsten Preise bewilligt werden. Andererseits jedoch ist die Kaufkraft wichtiger Schichten der deutschen Bevölkerung gestiegen, so insbesondere der Landwirtschaft, deren Erlös aus Ackerfrüchten infolge erhöhter Getreidepreise wesentlich zugenommen hat, wo die Ernte noch einigermaßen gut ausgefallen ist und glücklich bereingebracht werden konnte.

Diesem Stand der Dinge entspricht es, wenn heute die Rationierung ein geradezu hervorragendes Merkmal nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland hat und Betriebe wieder in Gang setzen kann, die noch vor kurzem stilllagen. Ebenso ist der Absatz des Stickstoffdüngemittels nicht unglücklich. Wenn überdies einzelne industrielle Unternehmungen einen guten Absatz an landwirtschaftlichen Maschinen im In- und Ausland berichten, so ist das ein neuer Beweis für die Rückwirkungen der Hebung der landwirtschaftlichen Kaufkraft auf dem inneren Markt, die eine Folge der hohen Preise für Agrarprodukte sind.

Daneben zeigen sich auch auf anderen Gebieten, die zum Teil im ursächlichen Zusammenhang mit den genannten Industriezweigen stehen, beachtliche Zeichen einer Besserung des Geschäftsganges. Der Absatz von Braunkohle, der besonders durch die Industrie künstlicher Düngemittel angeregt wird, hat sich allerdings in Mitteldeutschland geradezu stürmisch gestaltet. Dabei dürfte auch die Tatsache mitspielen, daß die Einbindung der Hausbrandverbraucher für den Winterbedarf jetzt endlich stärker einsetzt, nachdem sie nicht mehr hinausgeschoben werden kann. Selbst in der Textilindustrie sind auf einzelnen Gebieten deutliche Anzeichen einer Besserung zu spüren.

Inwiefern sich diese teilweise Belebung der Industrie auf den Gesamtmarkt auswirkt, muß noch abgewartet werden. Was schon

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Mittwoch, 1. Oktober, abends 8 Uhr, im „Swinemünder Gesellschaftshaus“, Swinemünder Str. 42.

## Brauchenversammlung der Eisenformer und Berufsgruppen

Tagesordnung: Die Neuregelung der Zulassungsfrage.

Das Erscheinen aller Organisierten ist Pflicht — Ohne Mitgliedsbeitrag kein Zutritt.

## Achtung! Funktionäre Achtung!

Am Mittwoch, den 1. Oktober, finden die Bezirksvereinsmännertreffen in den bekannt lokalen statt.

Die Kollegen, welche ihre Bestimmungsorte nach nicht mit dem Vertriebsort haben versehen lassen, werden aufgefordert, ihre Karte an den zuständigen Bezirksleiter abzugeben, damit die Karte gestempelt werden kann.

Die Bezirksvereinsmännertreffen des Siemens-Konzerns findet umhändler eine Woche später statt.

Die Preisverwaltung.

## 2 Mark wöchentliche Teilzahlung

liefern Eleg. Herren-Garderobe

fertig und nach Maß

Garantie für tadello. Sitz und Verarbeitung

Enorme Auswahl in Maßstoffen, sowie fertiger Garderobe

Maßschneiderei

J. Kurzberg

Oranienstraße 160. I.

Verkaufsstellen in Berlin und Vororten:

SW. Friedrichstr. 240/41  
W. Potsdamer Straße 50  
W. Schillstr. 16

**Er hat sich ein Tack Schuh**

**Der Winter beginnt sich bemerkbar zu machen. Sorgen Sie rechtzeitig für gediegenes, halbares und dabei doch elegantes und preiswürdiges Schuhwerk, für das der Name unserer Firma Gewähr bietet**

**Tack & Cie. A.-G.**  
Burg b. M.

## Kamelhaar-Schnallentiefel mit Filz- und Leder- sohle, in nur guten Stoff- qualitäten, mollig warm, für Herren, Damen, Mädchen u. Kinder, f. Kinder Gr. 19/24 von

195 an

## Filzstoff-Schnallentiefel mit und ohne Lederbesatz, ganz besonders preiswert, für Herren, Damen, Mädchen und Kinder. Für Kinder mit Leder- spitze Gr. 19/24 von

245 an

## Damen - Kamelhaar - Um - senlageschuhe mit Pompon, sehr beliebter Artikel, in vielen Preislagen von

295 an

## Hauschuhe, riesige Auswahl in Kamelhaar, Filzstoff und Leder für Damen u. Herren. Besonders schöne Muster in Damen-Morgenschuhen, von

195 an

## Winter - Pantoffel, la gestreifter Plüsch, ganz starke Filzsohle, sogen. Pommern- Pantoffel, Herren Gr. 43/47 2.90, Damen Gr. 37/42 2.40, Mädchen Gr. 31/36 1.95, Kinder Gr. 27/30 von

175 an

## Herren-Schnürstiefel, echt Rindbox, m. Zwischensohle, Original-Rahmenarbeit von

1450

## Herren-Schnürstiefel, la Boxkalf mit Zwischensohle, Original-Rahmenarbeit von

1650

## Damen - Schnürstiefel, la Roßchevr., spottbillig, Stiefel für den Herbst von

890

## Damen - Schnürstiefel, la Boxkalf in äußerst gefälliger Form, mit halbhohem Absatz von

1550

## Mädchen- u. Knab- Schul- stiefel, kräftiges Rindbox, strapazierfest, Ware Gr. 36/39 7.90, Gr. 34/35 6.90, Gr. 31/33 6.40, Gr. 29/30 5.90, Gr. 27/28 von

540

## Stoff- Uebergamaschen, die große Mode, verleihen dem Schuh ein vornehmes Aussehen

N. Brunnenstraße 37  
N. Danziger Straße 1  
N. Friedrichstraße 130  
N. Müllerstraße 3

O. Andreasstraße 50  
O. Frankfurter Allee 22  
SO. Oranienstraße 2a  
SO. Wrangelstraße 49

C. Spittelmarkt 15  
C. Rosenthaler Straße 14  
Potsdam,  
Brandenburger Straße 54

Neukölln, Bergstr. 30/31  
Charlottenburg,  
Wilmersdorfer Str. 122/23



# Annahme der Steuernotverordnung.

## Sozialdemokratischer Erfolg im Landtag.

Der Landtag beriet gestern über die preussische Steuernotverordnung.

Abg. Grzesinski (Soz.):

Wenn wir den zwei Steuernotverordnungen und dem vom Hauptausschuss beschlossenen Initiationsgesetz zur Änderung der preussischen Steuerordnungen zustimmen, so tun wir das nur sehr schweren Herzens und stellen erhebliche grundsätzliche und politische Bedenken zurück. Wir haben wiederholt erklärt, daß wir den Hauszins nicht für ein geeignetes Steuerobjekt halten. Jedenfalls sind wir der Meinung, daß das Aufkommen aus einer solchen Steuer niemals zur Deckung des Finanzbedarfes der Länder und Gemeinden, sondern ausschließlich für den Hausneubau verwendet werden darf. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir haben bereits im Juli d. J. dem Hause einen Weg gezeigt, auf welchem die Mittel aufgebracht werden können, welche zur Deckung des Finanzbedarfes notwendig sind. Unser Antrag ist durch den Beschluß des Hauptausschusses vorläufig für erledigt erklärt worden. Wir haben der jetzigen Regelung trotzdem abgestimmt, weil wir uns vorbehalten, unseren Antrag bei der Beratung der Finanzverwaltung erneut einzubringen.

Der Vönderr ist nur eine schmale Steuerbasis gelassen. Das ist in der Hauptsache durch die dritte Steuernotverordnung des Reiches vom Februar d. J. festgelegt. Im § 26 ist für die Länder die Mietzinssteuer zwingend vorgeschrieben. Meine politischen Freunde haben sich im Reichstag mit großer Entschiedenheit gegen die hier in Frage kommenden Bestimmungen des § 26 gewandt und deren Aufhebung wiederholt gefordert. Wir im Landtag sind aber außerdem an die Reichsgesetze gebunden und genötigt, auf Grund dieser Gesetze den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, so lange wir eine andere Möglichkeit der Einnahmebeschaffung leider nicht haben.

Im Reich verlangen wir darauf, daß den Ländern und Gemeinden Steuerquellen eröffnet werden, die unserer Auffassung entsprechen und die wir für sozial gerecht halten.

Wenn wir hier in Preußen uns mit der Erhebung einer Hauszinssteuer etwas leichter abfinden, dann vor allem auch deswegen, weil wir befürchten, daß die Bestrebungen auf Aufhebung des gesamten Mieterschutzes zu irgendeiner Zeit von Erfolg gekrönt sein können und daß es, wenn einmal die Mieter Friedensmieten zahlen sollen, es besser ist, wenn ein möglichst hoher Teil davon der Allgemeinheit und nicht den Hausbesitzern zukommt.

Die Deutschnationalen finden hier auffallend warme Worte für die Sozialrentner, Kleinrentner usw., die durch die preussische Hauszinssteuer belastet werden. Aber wer ist es denn, der am meisten nach der Friedensmiete ruft? Das sind doch die Deutschnationalen! Ohne die Mieterschutzgesetzgebung wären die Mieten noch teurer, als sie heute sind. Die Erträge kämen aber dann nur dem privaten Hausbesitz zugute. Der von uns mit unterschriebene Gesetzentwurf zur Änderung der preussischen Steuernotverordnung bringt den Wiedererwerb der Steuer vom ländlichen Hausbesitz. Wir stimmten hier aus folgenden Erwägungen zu: Mit Rücksicht auf den wahrscheinlich schlechten Ausfall der Ernte würde jetzt kaum noch eine Erhebung der Steuern in Frage kommen. Eine Steuer aber, die nicht erhoben wird, ist keine Steuer. Außer den aus der ersten preussischen Steuernotverordnung zur dritten Steuernotverordnung des Reiches fließenden 200 Millionen sind für den Hausneubau weiter 45 Millionen Häufig gemacht worden. Wir erwägen die Belegung der Bautätigkeit für eine der wichtigsten wirtschaftlichen Maßnahmen. Es kann nicht Geld genug dafür ausgegeben werden.

Weil die Erfahrungen mit der Erhebung der Hauszinssteuer und der Verwendung des Aufkommens für den Hausneubau uns befürchten läßt, daß die Mittel dem Hausbau nicht schnell genug zufließen, fordern wir, daß die aus der Hauszinssteuer fließenden, zur Förderung der Neubautätigkeit bestimmten Mittel auch in vollem Umfang und auf schnellstem Wege dem Baumarkt zugeführt werden.

Ferner soll das Staatsministerium, sowie es die günstigere Gestaltung der Finanzen zuläßt, für die Förderung des Wohnungsneubaus über den im § 2 Abs. 2 der zweiten preussischen Steuernotverordnung vom 19. Juni 1924 festgesetzten Anteil hinaus weitere Mittel aus der Hauszinssteuer zur Verfügung stellen. Wenn wir im Augenblick auf die Besteuerung des ländlichen Hausbesitzes verzichtet haben, so verzichten wir damit natürlich keineswegs auf unsere prinzipielle Forderung, daß der ländliche Hausbesitz ebenso besteuert werden muß, wie der städtische.

Die Deutschnationalen haben beantragt, in das Gesetz ungefähr die Grundzüge hineinzuarbeiten, welche uns jetzt in der Entschließung des Hauptausschusses vorliegen. Die Aufnahme in das Gesetz hat sicherlich sehr viel für sich, aber nach Lage der Dinge ist zu befürchten, daß das Gesetz dann nicht durchgeführt werden kann. Die Gefahr einer Sabotierung des Gesetzes wollen wir vermeiden. Deshalb befrachten wir uns darauf, den Entschließungsantrag des Hauptausschusses anzunehmen, der unter anderem an das Staatsministerium folgende Forderung stellt:

Bei der Durchführung der ersten und zweiten Steuernotverordnung soll auf Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Erwerbslose, sowie auf die Besitzer kleiner Eigenheime, welche die Hauszinssteuer nicht auf die Mieter abwälzen können, und in besonderen Fällen auf die Inhaber von sogenannten Fremdenheimen in den Bade- und Kurorten während der Saisonzeit, wie überhaupt auf besonders bedürftige Personen, durch Stundung, Herabsetzung und Erlassung der Steuer besondere Rücksicht genommen werden.

Im besetzten Gebiet soll bei Anträgen auf Herabsetzung, Stundung und Erlassung besonderes Entgegenkommen gezeigt werden und die Hauszinssteuer für April bis Juni 1924 soll dort, wo sie infolge von Maßnahmen der Besatzungsbehörden nicht erhoben werden konnte, ganz außer Hebung gesetzt werden. Schließlich soll auf die Gemeinde dahin eingewirkt werden, daß die den Gemeinden vom 1. Oktober 1924 ab zuzuflickenden Mehrbeträge für die Neubautätigkeit in erster Linie zur Errichtung von Wohnstätten für kinderreiche Familien verwendet werden.

Wir haben das Vertrauen zur Staatsregierung, daß sie im Sinne dieser Entschließung verfahren wird und stimmen daher den beiden preussischen Steuernotverordnungen, wie sie im ständigen Ausschuss feinerzeit verabschiedet wurden und ebenso dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der preussischen Steuernotverordnung, wie er hier vorliegt, sowie dem Entschließungsantrage zu.

Abg. Frau Krenndörfer (Komm.) wirft der Regierung vor, daß sie zur wirklichen Abhilfe des entsetzlichen Wohnungsleides bisher kaum etwas unternommen habe.

Abg. Dr. Höppler-Wachhoff (Dem.) verlangt, daß von den Landwirten die Hauszinssteuer erst nach der Ernte erhoben werde. Die ungeheure Steuerlast der Hausbesitzer müsse erleichtert, von einer Erhöhung der Hauszinssteuer Abstand genommen werden.

Abg. Dr. Kaufhold (Nat.) erklärt sich mit den im Ausschuss erreichten Erfolgen zufrieden. Nach dem mecklenburgischen Beispiel sollten alle Personen, die nur bis 720 Mark Jahreseinkommen haben, von der Hauszinssteuer befreit werden. Die Erträge der Hauszinssteuer müßten im weitesten Umfange zur Schaffung neuer Wohnungen verwendet werden.

Finanzminister Dr. v. Richter befragt die Wünsche des Abg. Dr. Höppler-Wachhoff angesichts der Finanzlage des Landes für unerfüllbar.

Wohlfahrtsminister Hiesinger bedauert, daß der Staat von den erhöhten Erträgen der Hauszinssteuer nichts erhalten solle. Der staatliche Ausgleichsfonds bedürfe dringend erhöhter Mittel zwecks Herstellung neuer Wohnungen. Besonders Oberschlesien und die besetzten Gebiete erforderten erhöhte Unterstützung. Der Minister überläßt dem Hause die Verantwortung für die sich besonders in diesen Gebieten entwickelnden Zustände. Wenigstens soll man die Mittel zwischen Staat und Gemeinde teilen.

In der Abstimmung nimmt das Haus mit sehr großer Mehrheit sämtliche Anträge des Hauptausschusses und den von ihm vorgeschlagenen Gesetzentwurf in zweiter und sofort auch in dritter Beratung an. Dem Antrag Grzesinski betreffend die Zuführung der zur Förderung der Neubautätigkeit bestimmten Mittel aus der Hauszinssteuer an den Baumarkt usw., wird ebenfalls zugestimmt.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt. Das Haus setzt die Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung fort. Es sprechen die Abg. Stellerup (Komm.) und Pfeiffer (D. Hannov.).

Abg. Dr. Schreiber-Halle (Dem.) lehnt den Gedanken ab, die Reparationslasten etwa auf dem Umweg über abwälzbare Schutzölle den breiten Massen der Bevölkerung aufzubürden. Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Getreidepreise um 50 oder 55 Mark je Tonne sei nicht anzuerkennen.

Um 5 Uhr wird die Weiterberatung auf Sonntag 11 Uhr vertagt.

## Schutzölle und Städtetag.

### Ein sozialdemokratischer Antrag. Die Reichsstädteordnung

Hannover, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Zu Beginn der heutigen Tagung des Deutschen Städtetages brachten die Kommunisten eine ihrer üblichen Entschließungen zur Erwerbslosenfrage vor. Die sozialdemokratische Delegation beantragte zur Frage des Schutzölles folgende Entschließung:

Der 6. Deutsche Städtetag in Hannover erkennt eine der wichtigsten Aufgaben der Stadtgemeinden in der Milderung der Folgen der Wirtschaftsnote für die breiten Schichten ihrer Bevölkerung. Darum steht er in dem Maße der Einführung von Getreide- und Schutzölle, die eine Erhöhung der Ernährungsverhältnisse mit sich bringen müssen, eine Gefahr für die Erfüllung der sozialen Pflichten der Städte. Er fordert darum von der Reichsregierung die Zurückziehung der dem Reichstage vorgelegten Schutzölloktroge.

Der Städtetag lehnt es ab, beide Entschließungen zur Beratung zu stellen. Auf Anregung des Vorsitzenden, Oberbürgermeister Böhm, wurde aber beschlossen, sie dem Vorstand als Material (1) zur Verfolgung zu überweisen. Die Referate des heutigen Vormittags wurden von Oberbürgermeister Dr. Blüher, Dresden und von Oberbürgermeister Luppe, Nürnberg über die Schaffung einer einheitlichen Reichsstädteordnung gehalten. Die sozialdemokratische Delegation legte dem Städtetag dazu folgende Resolution vor:

I. Die sozialdemokratische Delegation begrüßt den Gedanken der Schaffung einer Reichsstädteordnung als einen wichtigen Faktor für die Reichseinheit.

II. Von ihren grundsätzlichen Forderungen ausgehend, betont sie die Notwendigkeit einer gesetzgeberischen Regelung für Stadt- und Landgemeinden auf folgender einheitlicher Grundlage in Form einer Reichsgemeindeordnung:

A) Beschließendes und verwaltendes Organ der Gemeinde ist die von der Bürgerschaft auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts gewählte Gemeindervertretung, die sich zur Ausführung der unter einheitlicher Leitung stehenden beamteten Organe bedient.

B) Im Rahmen einer organisierten Verwaltungsreform sind den Gemeinden nur die durch die ordentliche Gesetzgebung eingeschränkte autonome Regelung aller örtlichen Aufgaben vorbehalten.

Die staatliche Aufsicht beschränkt sich auf die Ueberwachung des gesetzgebenden Teils der gemeindlichen Verwaltung.

Die Behandlung der Fragen auf dem Städtetag ergibt, daß die Deutschnationalen und das bayerische Zentrum grundsätzlich gegen den vom Vorstand des Städtetages vorgelegten Entwurf sind, weil sie eine reichsgesetzliche Regelung dieser wichtigsten Materie unter keinen Umständen wünschen. Infolgedessen machte sich wider Erwarten um 1 Uhr nachmittags eine Unterbrechung der Verhandlungen notwendig.

Die Nachmittags- und Schlußsitzung beschäftigte sich dann noch einmal in eingehender Diskussion, an der die Vertreter aller Parteien sich ausgiebig beteiligten, mit dem vom Vorstand vorgelegten Entwurf. Außerordentlich interessant war es, zu beobachten, wie selbst in dieser keineswegs demokratisch zusammengesetzten Körperschaft der von der Sozialdemokratie vertretene Gedanke des Einkörpersystems für die Stadtverfassung immer mehr zur Geltung und zum Durchbruch kam.

In der Vormittagsverhandlung hatte bereits Oberbürgermeister Dr. Luppe-Nürnberg in außerordentlich interessanter Weise die bayerische Stadtratsverfassung geschildert und darauf hingewiesen, daß bei dieser Form der städtischen Verfassung, die dem Gedanken des Einkörpersystems weit voraus am nächsten kommt, die Verwaltung viel reibungsloser und knapper vor sich geht und daß heute in Bayern niemand mehr daran denkt, diese Verfassung aufzugeben.

Auch in der Diskussion wurde von mehreren Seiten und besonders in sehr wirkungsvoller Weise von dem Ludwigshafener Oberbürgermeister Dr. Weiß in Ablehnung der Auffassung preussischer Oberbürgermeister auf die Vorzüge dieser demokratischen Stadtratsverfassung hingewiesen.

Für die sozialdemokratische Delegation begründete Oberbürgermeister Bruno W. Höchst a. M. die bereits von uns mitgeteilte Entschließung der Sozialdemokratie zu dem vorgelegten Rahmmentwurf. Genosse W. betonte besonders, daß die Sozialdemokratie unter allen Umständen den Gedanken einer reichsgesetzlichen Regelung als einen wichtigen Fortschritt auf dem Wege zum Einheitsstaat begrüße und daß sie diese Bestrebungen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen werde. Im übrigen übte er unter aufmerksamer Anteilnahme des Städtetages eine eingehende, sachlich begründete Kritik an dem Einzelheiten des Entwurfs.

Eine Zeitsang schien es, als ob die Annahme des Entwurfs nicht sicher wäre. Sowohl die Deutschnationalen wie leider auch das Zentrum konnten sich aus partikularistischen Gründen nicht dazu entschließen, den Gedanken einer reichsgesetzlichen Regelung anzuerkennen und da auch die Volkspartei im Schlepptau der Deutschnationalen segelte, so bestand die Gefahr einer Ablehnung dieses wichtigen Gedankens. Die Situation wurde gerettet durch das Auftreten des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Beims-Magdeburg, der in sehr eindringlicher und wirkungsvoller Weise dem Städtetag klarmachte, daß unter keinen Umständen dieser wichtige geschichtliche Fortschritt vom Städtetag aufgegeben werden dürfe. Beims schlug folgende Entschließung zur Annahme vor:

„Der Vorstand ist beauftragt, den Entwurf noch einmal zu bearbeiten unter Berücksichtigung der eingebrachten Anträge. Danach ist der Entwurf der Reichsregierung zur Schaffung eines Rahmengesetzes vorzulegen.“

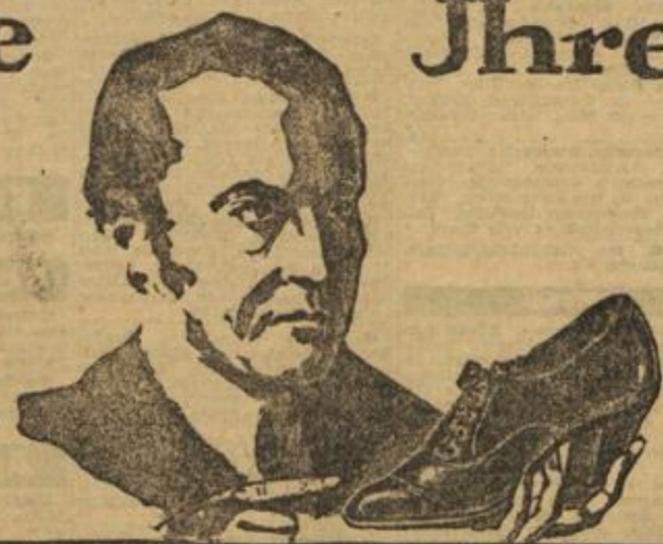
In der endgültigen Schlussabstimmung gelangte die Entschließung des Genossen Beims mit einer beträchtlichen Majorität zur Annahme, obwohl es die Kommunisten sich nicht verlagern konnten, dagegen zu stimmen.

# Fragen Sie

# Ihren

# Arzt!

Er wird Ihnen jederzeit bestätigen, daß das gesamte körperliche Wohlbefinden von einem gut passenden Schuh abhängig ist. Salamander Schuhe sind bei bester Passform elegant und dauerhaft.



# SALAMANDER



